Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

81 (14.9.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4081/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang — Karlsruhe, Samstag, 14. September 1946 — Nummer 81

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr, Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Bessere Lebensbedingungen – Ziel der Wirtschaftseinheit

Vollzugsausschuß zur Durchführung der Wirtschaftseinheit gebildet — Gemeinsamer Haushalts- und Organisationsplan — Schwierigkeiten des kommenden Winters — Alle verfügbaren Quellen für das Allgemeinwohl — Kohlen-Mehrförderung dringendstes Gebot

Berlin, 13. Sept. (dana) Die wirtschaftliche Vereinigung der amerik. und britischen Zone Deutschlands ist ihrer Verwirklichung einen großen Schritt näher gekommen. Wie von der amerik. Militärregierung für Deutschland in Berlin bekanntgegeben wurde, ist den deutschen Vertretern beider Zonen ein am 11. d. Mts. in Frankfurt von der amerik. und britischen Militärregierung genehmigtes Abkommen überreicht worden, das die eigenen Vorschläge dieser Vertreter für die gemeinsame wirtschaftliche Verwaltung beider Zonen billigt. Das Abkommen sieht ausdrücklich vor, daß die französische und sowjetische Zone jederzeit in diese Wirtschaftseinheit einbegriffen werden können.

Obwohl die Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Wirtschaftsvereinigung einer Zwei-Zonen-Organisation übertragen werden soll, wurde ausdrücklich festgestellt, daß das Zentralwirtschaftsamt der britischen Zone und der Wirtschaftsrat des Länderrates ihre Funktionen weiter ausüben werden und somit die politische Struktur der amerik. Zone intakt bleiben wird.

In einer Konferenz der drei Wirtschaftsminister der Länder der amerik. Zone und der drei Vertreter der britischen Zone, die am 10. September in Frankfurt begann, war ein gemeinsamer Wirtschaftsrat der beiden Zonen gebildet worden, der sich wie folgt zusammensetzt: Für die amerik. Zone: Dr. Erhard, Wirtschaftsminister von Bayern, Dr. Koehler, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, Dr. Mueller, Wirtschaftsminister von Großhessen. Für die britische Zone: Dr. Agartz, Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in Minden, Dr. Kuhnert, Leiter der Wirtschaftsverwaltung in Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Noelting (Nord-Rheinland-Westfalen).

Nach dem Abkommen soll nun ein Wirtschafts-Vollzugsausschuß, bestehend aus den gleichen Vertretern der beiden Zonen mit dem Hauptquartier in Minden gebildet werden. Das Abkommen hat vorläufigen Charakter.

Der Wirtschafts-Vollzugsausschuß wird Richtlinien für alle beteiligten Länder und Verwaltungen in folgenden Angelegenheiten ausarbeiten:

Grundlegende Prinzipien des deutschen Wirtschaftsrechts und wirtschaftlichen Strafrechts, Außenhandel (eine Hauptabteilung für Außenhandel wird noch eingerichtet), Warenerzeugung (Wirtschaftsplanung und Produktionskontrolle), Verteilung der Güter (Kontrolle des Verkaufs und Verbrauchs), Innenhandel, Festlegung und Kontrolle der Preise, industrielle Normalisierung, Wirtschaftsstatiken, Produktion, Zuweisung von Gas, Wasser und elektrischem Strom.

Der Wirtschafts-Exekutivausschuß wird auch mit dem gemeinsamen Ausschuß für Finanzwesen in allen Fragen des Bank- und Kreditwesens, soweit diese Handel und Industrie betreffen, zusammenarbeiten.

Er wird seine eigenen Satzungen aufstellen und seine eigene Verwaltungskörperschaft organisieren. Er ernennt seine eigenen Beamten, wodurch eine gleichmäßige Vertretung des gesamten Gebietes nach Maßgabe der Möglichkeit gewährleistet werden soll.

Die Länder sind verpflichtet, die Beschlüsse des Wirtschafts-Exekutivausschusses durchzuführen. Die Entscheidungen des Ausschusses werden von verschiedenen Verwaltungsstellen der Länder der US-Zone und von den entsprechenden Körperschaften der britischen Zone ausgeführt.

Der Vorsitzende des Wirtschafts-Vollzugs-Ausschusses wird den verwaltungsmäßigen Haushaltsplan und den Organisationsplan vor Beginn jedes Haushaltsjahres vorlegen. Bis zur Abfassung weiterer allgemeiner Vorschriften über die Finanzierung werden die Verwaltungskosten von der britischen und amerikanischen Besatzungszone zu gleichen Teilen getragen.

Nachdem das Abkommen am 11. d. Mts. den deutschen Vertretern überreicht worden war, beschäftigen diese sich nun in Frankfurt mit der Ausarbeitung eines ins einzelne gehenden Planes für die Verwaltung.

(Den Wortlaut des vorläufigen Abkommens veröffentlichen wir auf Seite 2)

Konferenz der drei Wirtschaftsminister der amerik. Zone mit dem Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen
Von links nach rechts: Dr. Karl Agartz, Beauftragter für Wirtschaftsfragen der britischen Zone und früherer Generalsekretär des deutschen Wirtschaftsbeirates; Dr. Erich Kuhnert, Leiter des Amtes für Wirtschaft von Schleswig-Holstein; Dr. Ludwig Erhard, bayerischer Wirtschaftsminister; Oberst Ellis Altmann, Vertreter der amerik. Militärreg., Professor Noelting, Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Rudolf Müller, Großhess. Wirtschaftsminister und Dr. Heinrich Koehler, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden. (dana-Bild)

Holland für gesunde deutsche Wirtschaft

Den Haag, 13. Sept. „Wir sind der Ansicht, daß die Alliierten in erster Linie eine gesunde deutsche Wirtschaft wiederherstellen müssen", erklärte der niederländische Außenminister van Boekelaer van Oosterhout in einem Sonderbericht für den International News Service.

Eine wirtschaftlich starkes Deutschland bildet eine Gefahr, aber ein verarmtes Deutschland, das zur Verzweiflung getrieben ist, ist nicht weniger gefährlich.

Jedes Land, das unter der deutschen Besatzung gelitten hat, soll natürlich ein Anrecht auf Reparationsleistungen haben. Wenn aber diese Ansprüche die deutsche Produktion schwächen, richten sie sich gegen die Ziele, die wir erreichen wollen.

New York, 13. Sept. (dana) Der amerik. Handelsminister Henry A. Wallace, erklärte am 12. Sept. in einer Rede daß eine befriedigende Lösung auf der Grundlage eines einheitlichen Deutschlands für eine dauernde Regelung der europäischen Fragen unbedingt erforderlich sei.

Britische Wochenblätter zur Byrnes-Rede

London, 13. Sept. (dana). Die linksgerichtete „New Statesman and Nation" bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Byrnes als der Vertreter einer Macht gesprochen habe, „die die Herstellung von Atombomben weiterführt". Das Blatt führt aus: „Das Interesse der Ver. Staaten an Europa ist nicht identisch mit dem Großbritanniens oder eines der nordwesteuropäischen Staaten". Die britische Regierung solle im Einverständnis mit Frankreich und den anderen Nachbarn des Kontinents eine europäische Politik gegenüber Deutschland führen. Großbritannien solle über die Vorschläge Byrnes hinausgehen, schlägt die ebenfalls linksgerichtete „Tribune" vor. Es müsse eine zentrale deutsche Regierung eingesetzt werden, die einem gewählten Zentralparlament verantwortlich sei und die Macht habe, die nötigen Steuern zu erheben, um notwendige wirtschaftliche und finanzielle Planungen durchzuführen.

Die Wochenzeitung „Economist" billigt die Rede des amerikanischen Außenministers, erklärt aber, daß die Auswahl des Ortes, an dem sie gehalten wurde, „weniger zufriedenstellend" gewesen sei. Die Ausführungen Byrnes könnten als eine direkte Antwort auf die Erklärungen Molotows bei der Außenministerkonferenz betrachtet werden, eine Bekanntgabe neuer Vorschläge bezügl. Deutschlands hätte aber bis November verzögert werden sollen.

Die unabhängige „Tide and Time" erklärt, daß durch die Ausführungen des amerikanischen Außenministers der ganze Fragenkomplex des Nutzens der augenblicklichen Besatzungspolitik zur Sprache gebracht wurde.

Lebhafte Debatten um Grenzziehungen

Vorschlag eines freien Staates Triest — Gegen bulgarische Forderungen — Leidenschaftlicher jugoslawischer Appell Errichtung europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte abgelehnt

Paris, 13. Sept. (dana) Der politische und territoriale Ausschuß für Italien erörterte in seiner Mittwochsitzung die Zusatzanträge zur italienisch-jugoslawischen Grenzziehung. Der jugoslawische Delegierte Bebler erklärte, die Stadt Görz sei der wirtschaftliche Mittelpunkt und Umschlagplatz für die Produkte der slowenischen Umgebung. Die Industrie und das Wirtschaftsleben der Stadt seien von der Verbindung mit dem Hinterland abhängig.

General Pika, der tschechoslowakische Vertreter, schlug die Bildung eines Unterausschusses zur Prüfung der Grenzfrage im Görzer Gebiet vor. Auf Vorschlag des südafrikanischen Delegierten Jordan wurde die Frage der Bildung eines Unterausschusses zurückgestellt. Auf der Tagesordnung des Rechtsausschusses stand die Debatte über den australischen Zusatzantrag, einen europäischen Gerichtshof der Menschenrechte einzusetzen. Belgien hatte beantragt, den australischen Vorschlag aus rechtlichen Gründen abzulehnen. Der belgische Antrag wurde mit 14 gegen zwei Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen. Der Ausschuß beschloß, alle Entscheidungen über Fragen der Menschenrechte als außerhalb der Zuständigkeit des Ausschusses den Vereinten Nationen zu überlassen.

Noch einmal italienische Reparationen

In der Sitzung des wirtschaftlichen Ausschusses für Italien wurde erneut die Frage der italienischen Reparationsleistungen behandelt. Der amerik. Vertreter Willard Thorp sagte, der amerik. Verzicht auf Reparationsleistungen seitens Italiens solle dazu beitragen, die schweren Lasten zu erleichtern, die der Faschismus und seine Folgen dem italienischen Volk auferlegt habe.

Der amerikanische Delegierte Jefferson Caffery wandte sich in der Sitzung des politischen und territorialen Ausschusses für Bulgarien gegen die bulgarische Forderung auf Eingliederung Westthraziens. Es geschehe zum erstenmal in der Geschichte, daß ein früherer Feindstaat Gebietsforderungen an einen der Siegermächte stelle.

Australien zog in der Sitzung des politischen und territorialen Ausschusses für Ungarn seinen Antrag auf Aufnahme von gesetzlichen Sicherungen zum Schutze der Menschenrechte in den Friedensvertragsentwurf zurück.

Der britische Delegierte Lord Hood brachte einen Zusatzantrag ein, wonach ein Artikel in den Friedensvertragsentwürfen aufgenommen werden solle, der die Gleichberechtigung der Juden garantiert.

Jugoslawien fordert die Stadt Görz

Am Donnerstag tagten in Paris der politische und territoriale Ausschuß für Italien, der Militärausschuß und der wirtschaftliche Ausschuß für die Balkanstaaten.

Der jugoslawische Delegierte Dr. Bebler richtete einen leidenschaftlichen Appell an den politischen und territorialen Ausschuß für Italien, die Stadt Görz Jugoslawien zuzusprechen. Bebler forderte ferner die Abtrennung des gesamten Gebietes von Monfalcone zugunsten Jugoslawiens. Ein tschechoslowakischer Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses zur Prüfung der jugoslawischen Forderung auf Berichtigung der „französischen Linie" wurde mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Anschließend sprach der weißrussische Delegierte über den Zusatzantrag seines Landes, in dem eine Kompromißlösung zwischen der von Jugoslawien vorgeschlagenen Grenze und der französischen Linie enthalten ist. Görz würde dadurch an Jugoslawien fallen, der Korridor, der Italien mit Triest verbindet, verschwinden, und die Stadt Triest würde isoliert im jugoslawischen Gebiet bleiben. Das internationale Gebiet von Triest würde nach diesem Kompromiß nur aus der Stadt Triest bestehen.

Der jugoslawische Delegierte Kardeli brachte nochmals die Forderung seines Landes zum Ausdruck.

In dem brasilianischen Zusatzantrag, der anschließend eingebracht wurde, wird die Errichtung eines freien Staates Triest angenommen und vorgeschlagen, die Grenzlinie ähnlich der britischen Linie verlaufen zu lassen.

Um die italienische Kriegsflotte

Auf der Tagung des militärischen Ausschusses ersuchte Italien die Stärke der italienischen Kriegsflotte auf 82 000 Tonnen und die des Offiziers- und Mannschaftsstandes auf 35 000 Mann heraufzusetzen. Die italienische Begründung stützte sich darauf, die Seestreitkräfte des Landes seien nicht stark genug, um die Küsten zu beschützen.

Der Ausschuß wurde ferner ersucht, Italien 100 zusätzliche Flugzeuge zu gewähren und die von Italien eingebrachten Vorschläge über die Entmilitarisierung gewisser Land- und Seegebiete in Betracht zu ziehen.

Geheimsitzung des Unterausschusses für Ungarn geplant

Die politischen und territorialen Ausschüsse für Finnland und Rumänien beendeten am Nachmittag ihre Tätigkeit. Außerdem tagte der politische und territoriale Ausschuß für Ungarn sowie der Wirtschaftsausschuß für Italien.

Der politische und territoriale Ausschuß für Finnland beendete seine Arbeit nach einer kurzen Debatte, in welcher der Bericht des Rechtsausschusses, daß der Antrag Australiens zur Errichtung eines europäischen Gerichtshofes der Menschenrechte den Vereinten Nationen vorgelegt werden soll, mit neun gegen zwei Stimmen angenommen wurde.

Die Klausel des Friedensvertragsentwurfes für Rumänien, in der vorgesehen ist, daß Unstimmigkeiten über die Handhabung des Friedensvertrages, die nicht innerhalb von drei Monaten von den diplomatischen Vertretern Großbritanniens, der Ver. Staaten und der Sowjetunion in Bukarest beigelegt werden, von einer daran interessierten Macht dem internationalen Gerichtshof vorgelegt werden sollen, wurde mit acht gegen vier Stimmen angenommen. Nachdem der australische Delegierte seinen zu allen Vertragsentwürfen eingebrachten Antrag über die Errichtung einer Körperschaft zur Revision der Friedensverträge, der bereits im Finnland-Ausschuß abgelehnt worden war, zurückgezogen hatte, wurde der tschechoslowakische Vorschlag, einen rumänischen Vertreter zu dem Art. 37 des Vertragsentwurfes anzuhören, abgelehnt. Der Artikel, der die Hinzuziehung der mit den Alliierten verbündeten Staaten zu dem Friedensvertrag vorsieht, wurde angenommen. Artikel 38 über die Ratifizierung des Vertragsentwurfes wurde ebenfalls genehmigt.

In der Sitzung des politischen und territorialen Ausschusses für Ungarn wurde beschlossen, am Samstag eine Geheimsitzung des Unterausschusses stattfinden zu lassen.

Griechenland fordert Ersatz für zerstörte Kunstwerke

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses für Italien wurden die §§ 1, 3, 4, 5 und 6 des Art. 65 angenommen.

Griechenland verlangte, die von Italien zerstörten Kunstwerke durch wertvolle Gegenstände italienischer Museen ersetzt zu bekommen. Der Delegierte der USA schlug vor, die Diskussion über den § 2 des Art. 65 zu verschieben, um es Griechenland zu ermöglichen, einen kurzgefaßten Entwurf darüber zu formulieren.

Vertagung der UN-Vollversammlung angenommen

New York, 13. Sept. (dana) Die Vertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf den 23. Oktober wurde, wie der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, am 12. d. Mts. bekanntgab, von der Mehrzahl der 51 Mitgliedsstaaten angenommen. 37 Staaten haben geantwortet und keiner hat abgelehnt.

Gromyko greift britische Regierung an

Harte Auseinandersetzungen im Weltsicherheitsrat — Gromyko spricht von Beleidigungen

New York, 13. Sept. (dana) Der sowjetische Vertreter Gromyko erklärte am 11. d. Mts. im Weltsicherheitsrat, daß die britische Regierung wegen der Lage in Griechenland „vor Gericht" stehe.

Irgendwelche Erklärungen Großbritanniens im Parlament oder vor dem Sicherheitsrat, worin die Verantwortung für die Lage in Griechenland abgestritten werde, würden daher nicht ins Gewicht fallen, meinte er. „Kann man bestreiten — und dies ist ein Beweis der britischen Intervention in Griechenland —" führte Gromyko weiter aus, „daß britische Polizei unter der Leitung des Generals Wickham das griechische Polizei- und Gefängniswesen kontrolliert? Hunderte und tausende von Tatsachen könnten angeführt werden, um die britische Einmischung zu beweisen.

In seinen weiteren Ausführungen lehnte es Gromyko ab, die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland als einen „stabilisierenden Faktor" anzusehen und sagte: „Wir wissen genau, wie stabilisierend Kanonen sein können".

Der britische Vertreter, Sir Alexander Cadogan wies darauf die Beschuldigungen Manuilskys gegen die britische Regierung zurück und erklärte, daß Manuilsky in der Dienstag-Sitzung auf die Fehler des ehemaligen Völkerbundes hingewiesen habe, der nicht in der Lage gewesen sei, rechtzeitig der Drohung von Angreifernationen entgegenzutreten. Er habe dieses Argument anscheinend gebraucht, um den UN nahezulegen, sie möchten nicht in den gleichen Fehler verfallen. Die britische Regierung hoffe nicht, so führte Cadogan weiter aus, daß Manuilsky Großbritannien für eine Angreifernation halte.

Eine der Anschuldigungen Manuilskys, erklärte Cadogan weiter, sei gewesen, daß Großbritannien „Strafexpeditionen" in Griechenland überwacht.

„Ich kann es nur ganz besonders hervorheben — und überlasse es Manuilsky, das Gegenteil zu beweisen" — erklärte Cadogan, „daß die Operationen der griechischen Armee nicht von der britischen Militärmission überwacht werden".

Manuilsky beschuldigte weiterhin die britische Regierung, daß sie die Freiheit und die Demokratie in Griechenland unterdrücke, die griechische Regierung bei der Verfolgung von Minderheiten unterstütze und Griechenland aufstachele. Nachbarländer anzugreifen. „Ich möchte den ukrainischen und sowjetischen Vertreter nur fragen", erklärte Cadogan weiter, „was sie sagen würden, wenn ich die Rote Armee ähnlicher Verbrechen wie der Teilnahme an „Strafexpeditionen" beschuldigen würde, wenn ich ihr vorwürfe, daß sie brennend und mordend durch ihre bloße Gegenwart die Stellung eines Regimes zu festigen suchte, das sonst von den Bewohnern abgelehnt würde. Manuilsky ist es gänzlich mißlungen, für seine Anschuldigungen einen Beweis zu liefern".

In Beantwortung der Rede des britischen Vertreters erklärte Gromyko, Cadogan habe darauf hingewiesen, daß in gewissen Ländern Mord und Totschlag vorherrsche. „Ich betrachte diese unverantwortliche Erklärung als eine Beleidigung der Ehre der Roten Armee und verlange die Zurücknahme dieser Behauptung."

Der britische Vertreter betonte dazu, daß er niemals etwas gegen die Rote Armee gesagt und Gromyko ihn augenscheinlich mißverstanden habe. Der sowjetische Delegierte gab darauf keine Antwort, und die Angelegenheit wurde fallen gelassen.

Schaffung eines Welternährungsamtes

Kopenhagen, 13. Sept. (dana) Der Planungsausschuß der Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen beendete am 11. d. Mts. seine Arbeiten: es wurde beschlossen, eine Kommission zum Studium der Vorschläge über die Errichtung eines Welternährungsamtes solle spätestens am 1. November in Washington zusammentreten. Die Kommission wird aus Vertretern von 16 Nationen bestehen. Sie wird unter Berücksichtigung der Interessen der Erzeuger wie der Verbraucher über die Stabilisierung der Lebensmittelpreise in der ganzen Welt zu beraten haben. Es soll ein System gefunden werden, das es erlaubt, Ueberschüsse und Mangellagen an Nahrungsmitteln miteinander auszugleichen. Das Ziel ist den Ernährungsstandard in der Welt zu erhöhen.

Auf der Welternährungskonferenz wurde im Ausschuß für dringliche Ernährungsfragen am 12. d. Mts. festgestellt, daß eine Steigerung der Lebensmittelexporte aus vielen Lieferländern noch immer durch den Mangel an Vorräten von Verbrauchsgütern gehindert werde.

Der Ausschuß befahl den Ländern, die an der Welternährungskonferenz teilnehmen, auf schnellstem Wege Maßnahmen zur Steigerung der Ausfuhr zu erwägen.

Der Landwirtschaftsausschuß ersuchte den internationalen Ernährungsrat für Notzeiten, während der Notstandsperiode weitere Mengen von Dünger zuzuteilen und dafür zu sorgen, daß die Erzeugung von Düngemitteln in der ganzen Welt auf dem erforderlichen Mindeststand gehalten werde. In Deutschland und Japan müßte mit der Stickstofferzeugung begonnen werden, die solange aufrechterhalten werden müsse, wie der gegenwärtige Weltmangel an Stickstoff andauere.

dana funkt:

Aus aller Welt

New York. Stuart Symington, Unterstaatssekretär für Luftfahrt im Kriegsministerium, forderte in einer Rede das amerik. Volk auf, zur Erhaltung des Friedens jede nur mögliche Anstrengung zu unternehmen. Auf die Rede Byrnes in Stuttgart eingehend, sagte Symington, daß das amerik. Volk nie wieder zu einer Isolierungspolitik zurückkehren dürfe.

London. Die albanische Regierung sandte eine Protestnote an den Generalsekretär der Ver. Nationen, Trygve Lie, in der sie Griechenland vorwirft, Grenzzwischenfälle zu provozieren, um die südalbanischen Provinzen besetzen zu können.

Paris. Der Text der neuen Verfassung der „Französischen Union" wurde vom franz. Kabinett am 11. ds. Mts. angenommen. Er wird nun dem Ausschuß der Verfassunggebenden Nationalversammlung vorgelegt. Die neue Verfassung sieht eine Vereinigung Frankreichs mit dem Uebersee-Departement und den angeschlossenen Ländern vor.

Paris. Der 6. Oktober wurde von dem französischen Ministerrat am Donnerstag als Datum für die Volksabstimmung über die neue französische Verfassung und der 10. Oktober für die Wahl der Volksvertreter der neuen Republik vorläufig festgelegt. (INS)

Bern. Der ehemalige britische Ministerpräsident Winston Churchill wurde am 11. ds. Mts. vom schweizerischen Staatsrat empfangen.

Genf. Die Konferenz der Leiter der internationalen Friedensbewegung wurde am 12. d. Mts. hier eröffnet. An der Konferenz nehmen neben 15 Delegierten aus Europa, Delegierte aus den Ver. Staaten und Asien teil.

Sofia. Die amtliche Proklamation Bulgariens zur Republik ist für den 15. September vorgesehen.

Letzte Neuigkeiten

Rekord-Weizenernte in Amerika

Washington, 14. Sept. (dana.) Die Ver. Staaten Staaten haben eine Rekord-Weizenernte zu verzeichnen, gab das UNRRA-Amt in Washington bekannt. Die Ernte ist zum größten Teil bereits eingebracht. Auch die kanadische Weizenernte wird nach den ersten amtlichen Schätzungen die Ernte des Vorjahres um mehr als 35 Prozent übersteigen.

Berlin, 14. Sept. (dana). Zwei weitere Transporte mit insgesamt 5500 heimkehrenden Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion sind nach Mitteilung des SNB am 10. und 11. September in Frankfurt a. d. Oder eingetroffen. Mit den bisherigen Transporten wurden über 105 000 deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in ihre Heimat gebracht.

Paris, 14. Sept. (INS). Einige leuchtende Raketen wurden, wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, am Donnerstagabend über Ost-Frankreich in einer Flughöhe von rund 12 000 m beobachtet. Die horizontal fliegenden Raketen bewegten sich nahezu mit der Geschwindigkeit von Sternschnuppen.

Paris, 14. Sept. (dana). Der britische Erste Lord der Admiralität, Alexander, verließ die gestrige Sitzung des Militärausschusses der Pariser Konferenz als Protest gegen eine Aeußerung des sowjetischen Generals Slavine, worin dieser ihm und dem amerikanischen Admiral Conolly vorwarf, daß sie eine „altmodische Demokratie" verträten. Der Zwischenfall ereignete sich unmittelbar vor der Abstimmung über die Einladung Albaniens.

Zur politischen Entwicklung Deutschlands

Erklärung des französischen Oberbefehlshabers

Paris, 13. Sept. (INS) „Wir werden Deutschland nicht eher verlassen, bevor wir nicht die Sicherheit haben, daß die demokratischen Ideen im deutschen Volke fest verankert sind und daß kein neuer Hitler wieder entsteht, der in wenigen Wochen das Aufbauwerk, zu dem wir viele Jahre brauchten, zerstört", erklärte der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen Deutschlands, General Pierre König, in einem Sonderinterview mit einem Vertreter des amerik. Nachrichtenbüros „International News Service" am 11. d. Mts. in Paris.

30 bis 40 Jahre müßten nach der Ansicht General Königs vergehen, bevor die Deutschen die Vorteile einer Demokratie verstünden.

„Wir haben den Deutschen die Möglichkeit gegeben, politische Parteien und Gewerkschaften zu bilden und Wahlen abzuhalten", erklärte der französische Oberbefehlshaber weiter. „Trotz aller dieser Freiheiten suchen die Deutschen leider immer noch irgendjemand, der sie von ihrer Verantwortlichkeit befreit."

Es gäbe immer noch Elemente in Deutschland, die ihre Hoffnungen auf Konflikte zwischen den Alliierten bauen, und es sei deshalb vordringlichste Aufgabe der „Großen Vier", sobald wie möglich ein Uebereinkommen zu treffen, denn wenn sich die vier Großmächte untereinander einig seien, würden sich die schlechten Elemente in Deutschland zerstreuen. „Ich bedauere aufrichtig", erklärte der General, „daß die Alliierten die Bildung eines autonomen Rheinstaates nicht genehmigen wollen. Wir wünschen diese Gebiete nicht zu annektieren. Wir sind zufrieden, wenn sie gemeinsam besetzt sind."

Abschließend ging der General auf französische Wünsche hinsichtlich einiger Aenderungen der Zonengrenzen zwischen der französischen Besatzungszone und den angrenzenden Zonen ein und erklärte, daß die Ver. Staaten und Großbritannien Deutschland, da sie mit ihm keine gemeinsamen Grenzen hätten, hauptsächlich als wirtschaftliches Problem betrachten. Für Frankreich bedeute Deutschland dagegen eine Sicherheitsfrage.

Britisch-sowjet. Wirtschaftsabkommen

London, 13. Sept. (dana) Zwischen Großbritannien und der Sowjetunion wurde nach langen Verhandlungen ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, durch das die noch rückständigen britischen Warenlieferungen aus der Kriegszeit geregelt werden, sowie Gegenlieferungen an hochwertigem Holz aus der Sowjetunion vereinbart worden sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zur Flüchtlingsfrage

Von Innenminister Ulrich

In der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. ds. Mts. führte Innenminister Ulrich zur Frage der Unterbringung von Flüchtlingen u. a. aus:

„Von den Flüchtlingen und Vertriebenen hat die amerikanische Besatzungszone nach den Weisungen des Kontrollrats 2 266 000 aufzunehmen und zwar einschließlich der Evakuierten, Fremdarbeiter, Verschleppten usw. Nach einer im November v. Js. im Länderrat getroffenen Vereinbarung entfielen auf Bayern 50 Prozent, auf Hessen 27 Prozent und Württemberg-Baden 23 Prozent, das waren 517 000 Flüchtlinge f. Württemberg-Baden, 613 000 für Hessen und 1 134 000 für Bayern. Dieser Schlüssel wurde von Württemberg-Baden und Hessen nur provisorisch anerkannt und von Anfang an als ungerecht zu Gunsten Bayerns angefochten. Am 19. Juni wurde von den statistischen Beratern ein neuer Schlüssel festgelegt, demzufolge Bayern 54,4, Hessen 24,2 und Württemberg-Baden 21,1 Prozent Flüchtlinge zugeteilt erhalten sollten. Darnach hätte Württemberg-Baden etwa 40 000 Flüchtlinge weniger aufzunehmen, als die festgesetzte Quote von 517 000 Flüchtlingen. Diesen neuen Schlüssel haben damals auch die Statistiker Bayerns anerkannt. Die bayerische Regierung lehnte jedoch die Zustimmung ab, so daß der Länderrat bisher eine Entscheidung nicht treffen konnte. Bei der Errechnung des neuen Schlüssels ist als Grundlage die Einwohnerzahl vom Dezember 1945, und zwar nach der 84. Zuteilungsperiode, sowie die landwirtschaftlich benützte Fläche zugrunde gelegt. Bayern forderte eine Aufschlüsselung, nach der dieses Land weniger als 50 Prozent Flüchtlinge hätte aufnehmen müssen. Es forderte weiter, daß jeder Flüchtlingsstrom nach Bayern sofort abgestoppt und die ankommenden Flüchtlingstransporte ausschließlich nach Hessen und Württemberg-Baden geleitet werden sollten.

Selbstverständlich haben wir dieses unbillige und ungerechte Verlangen Bayerns mit Entschiedenheit zurückgewiesen und immer den Standpunkt vertreten, daß die Flüchtlinge gerecht und gleichmäßig auf alle drei Länder verteilt werden müssen. Die Bayern wehren sich dagegen, daß bei der Flüchtlingsverteilung neben dem Wohnraum auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche berücksichtigt werden soll. In Bayern entfallen im Monat Dezember 1945 auf 100 ha landwirtschaftlich nutzbare Fläche 118 Einwohner, in Württemberg-Baden dagegen 200 und in Hessen 180. Auf einen Quadratkilometer werden in Bayern künftig 126, in Hessen 188 und in Württemberg-Baden 222 Einwohner kommen. Es ist daraus ersichtlich, daß unser Land allen Grund hat, sich gegen die Zumutung der Bayern auf Abstoppung des Flüchtlingszustromes nach Bayern und Ablenkung nach Württemberg-Baden und Hessen zu wehren.

In Württemberg-Baden und in Hessen ist viel mehr Wohnraum zerstört als in Bayern. Nach statistischen Erhebungen sind in der gesamten amerikanischen Besatzungszone 11 591 000 Wohnräume, nicht Wohnungen, vorhanden.

Davon entfallen auf Bayern 55 %, auf Hessen 25 %, auf Württemberg-Baden dagegen nur 21 %. Auf Grund der Lebensmittelkartenausgabe der 84. Periode, nämlich im Dezember 1945 hatte Bayern 55,2 %, Hessen 23,7 % und Württemberg-Baden 21,1 % der Einwohner der US-Zone. (Darnach ergibt sich eine Wohnraumbelegung in Bayern von 1,2, in Hessen von 1,6, in Württemberg-Baden dagegen von 1,7 pro Wohnraum. Diese Belegung hat sich inzwischen verschärft, weil in den letzten Monaten der große Strom von Flüchtlingen zu uns hereinkam. In Württemberg-Baden beträgt die Belegung augenblicklich etwa 1,9 % pro Wohnraum. Sie ist natürlich auch in Hessen und in Bayern gestiegen, aber in Bayern immer noch wesentlich niedriger als in Württemberg-Baden.

Die gerechte und gleichmäßige Lastenverteilung verlangen gebieterisch, daß in allen drei Ländern unter Berücksichtigung der hereinkommenden Flüchtlinge eine gleichmäßige Wohnraumbelegung angestrebt werden muß. Nach der neuen Abmachung wird Bayern 54 Prozent aufzunehmen haben, Württemberg 21 und Hessen 25 Prozent. Das bedeutet, daß wir etwa 40 000 Flüchtlinge weniger aufzunehmen hätten, als uns ursprünglich zugedacht wurden. Nach den getroffenen Vereinbarungen entfallen auf Württemberg 317 00 und auf Baden 200 000, d. h. auf Württemberg 65,6 und auf Baden 34,4 Prozent. Bei dieser Unterverteilung zwischen Baden und Württemberg haben wir auf die Tatsache Rücksicht genommen, daß der zerstörte Wohnraum in Baden noch umfangreicher ist als in Württemberg.

Bis zum 22. August waren nach Württemberg-Baden zusammen 450 000 Flüchtlinge hereingeströmt. Wir haben also von dem uns ursprünglich zugemessenen Aufnahmesoll noch etwa 60 000 zu erwarten. Da seit dem 22. August weitere 15 000 Flüchtlinge eingetroffen sein dürften, stehen nur noch etwa 40 000 Flüchtlinge aus (die uns dann auch nach der neuesten Verteilung, wenn ich sie richtig verstehe, nicht zugewiesen würden, so daß wir unser Flüchtlingssoll nach der neuesten Abmachung restlos erfüllt hätten).

Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß die Spitzen des Flüchtlingsreferats in Württemberg-Baden harmonisch zusammen gearbeitet haben. Naturgemäß fehlt es nicht an Beschwerden und Protesten. Diese Proteste kommen aber nicht nur aus Baden, sondern auch aus allen Kreisen und aus zahllosen Gemeinden des ganzen Landes. So schreibt der Bürgermeister von Schorndorf:

„Das Innenministerium hat uns in den letzten Tagen mitgeteilt, daß die Stadt Schorndorf mit weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen zu rechnen habe. Schorndorf hat im Jahre 1939 etwa über 9000 Einwohner gehabt. Die Einwohnerzahl ist inzwischen auf 13 000 angestiegen. Der Wohnraum ist so gut wie gleich geblieben. Lediglich in den letzten Monaten wurden von der Stadtgemeinde Schorndorf einige Baracken erstellt. Eine weitere Zuweisung von Flüchtlingen ist nach meiner Auffassung auf die Dauer nicht tragbar. Der Gemeinderat hat sich dieser Auffassung angeschlossen, daß eine weitere Zuweisung von Flüchtlingen sehr schwere gesundheitliche Schäden nach sich ziehen kann, die zweifellos sich auch auf die Besatzungstruppen auswirken können."

Der Landrat von Böblingen schreibt, daß ihm täglich erschütternde Proteste zugehen über die Nöte, die durch die Zuweisung so vieler Flüchtlinge in den Gemeinden entstehen. Hilferufe und Notschreie wie „Das Maß ist voll", „Es geht wirklich nicht mehr", „Jede Verantwortung in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht lehnen wir ab", „Wir weigern uns ganz entschieden, weitere Flüchtlinge aufzunehmen", „Ich stelle mein Amt zur Verfügung, denn was ich vor dem Herrgott nicht mehr verantworten kann, das weigere ich mich zu tun. Ich stehe ganz allein, mein Gemeinderat und mein Wohnungsausschuß lehnen jegliche Mitarbeit ab", sind an der Tagesordnung.

Ich darf bemerken, daß mir ähnliche Berichte auch aus anderen Kreisen und Gemeinden zugekommen sind, und daß insbesondere die Gemeinderäte es ablehnen, in den Wohnungs- und Flüchtlingskommissionen tätig zu sein. Ich wäre den politischen Parteien und den Abgeordneten dankbar, wenn sie dem entgegenwirken würden. Die Gemeinderäte, die demokratisch gewählt sind, haben nicht nur die Ehre und Freiheit, sondern damit auch Verantwortung und Pflichten übernommen. Es geht nicht an, daß die eine oder andere Partei sich von diesen unpopulären Maßnahmen drückt und die Verantwortung einseitig einer anderen Partei zuzuschieben bestrebt ist. Wir müssen gemeinsam diese Sorgen und Nöte auf uns nehmen und sie meistern.

Einen Schock auf Landratsämter, Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Bevölkerung hat die kürzliche Hiobsbotschaft ausgelöst, die Militärregierung Württemberg-Baden werde uns statt 517 000 Flüchtlingen 662 000 zuweisen, also 145 000 Flüchtlinge mehr. Wir haben der amerikanischen Militärregierung sofort kategorisch erklärt, daß das völlig unmöglich sei, und daß wir dafür keinerlei Verantwortung übernehmen könnten. Wir haben darauf hingewiesen, daß die große Gefahr von Epidemien und Seuchen bestehe, eine Gefahr, die nicht nur die Flüchtlinge und die Eingesessenen, sondern auch die Besatzungstruppen bedrohe. Nach den Mitteilungen, die wir neuerdings erhalten haben, besteht die begründete Hoffnung, daß dieser bittere Kelch an uns vorübergehen wird.

Die Militärregierung ist von uns auch immer wieder und nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß Südwürttemberg und Südbaden bisher fast **keine Flüchtlinge erhalten haben, während Nord-**württemberg und Nordbaden in beängstigender Weise überfüllt sind. Es ist öfter vorgekommen, daß Bauern und Geschäftsleute aus Oberschwaben z. B. nach Ulm gekommen sind um sich dort Flüchtlinge aus der amerikanischen Zone als Arbeitskräfte zu holen. Im „Schwäbischen Tagblatt", das in Tübingen erscheint, wurde Klage darüber geführt, daß in die südwürttembergischen Zonen nicht mehr Flüchtlinge kommen. Hier ist zu lesen:

„Was die Ausgewiesenen anbetrifft, so kommen wir in unserer Zone gegenüber anderen deutschen Gegenden, so wie es zur Zeit aussieht, verhältnismäßig günstig weg. Südwürttemberg und Südbaden haben nach den bisherigen Voraussagen nur etwa 75 000 Personen aufzunehmen, etwa ein Zehntel der ansässigen Bevölkerung. Die Vorbereitungen dafür sind getroffen. Nur etwa 20 000 Personen sind inzwischen eingetroffen. Auf die übrigen wird noch gewartet. Hierbei scheint sich ein merkwürdiger Stimmungsumschwung vollzogen zu haben. Zunächst sahen viele grätige Schwaben den Ankömmlingen nicht sehr begeistert entgegen. Heute hört man öfter ungeduldige Fragen, wo sie eigentlich bleiben. Mancher findet, man könnte sie eigentlich ganz gut brauchen, wo es doch hier und dort an Arbeitskräften fehlt. Der Herr Flüchtlingskommissar möge sehen, daß er unser Kontingent vollends hereinbringt."

Ich muß sagen, das sind glückliche Leute angesichts der Sorgen, die wir haben.

Herr Staatsrat Professor Dr. Schmid hat dem Vertreter einer norddeutschen Zeitung ein Interview erklärt, in dem er sagte:

„Wir sind das einzige Verwaltungsgebiet, das keinen Protest gegen die Einsendung der Neubürger aus dem Osten erhoben hat. Wir sehen in ihnen einen willkommenen Kapitalzuwachs. In 3 bis 4 Jahren wird sich erweisen, wie wertvoll jede Arbeitskraft und die Hände gelernter Handwerker sind. Deswegen haben wir gebeten, unsere Quote an Ausgewiesenen zu erhöhen."

Ich glaube, daß dieser Optimismus, wenn die Flüchtlinge hereingeströmt sind, eine wesentliche Dämpfung erfahren wird, denn leider bringt dieser Flüchtlingszustrom verhältnismäßig nur wenig **arbeitseinsatzfähige Menschen mit.**

Eröffnung der Palästina-Konferenz

Für unabhängigen demokratischen Araberstaat — Britischer Vorschlag zur Aufteilung Palästinas abgelehnt

London, 13. Sept. (dana). „Der gegenwärtige Zustand in Palästina darf nicht weiter andauern", erklärte der britische Premierminister Attlee am 10. d. Mts. während der Eröffnung der Londoner Palästinakonferenz.

Attlee führte weiter aus, eine Lösung der Palästinafrage sei nur möglich, wenn sowohl Juden als auch Araber bereit seien, Zugeständnisse zu machen und den Interessen der anderen Partei Rechnung zu tragen. Attlee versicherte, daß die britische Regierung alles tun werde, was in ihrer Macht stehe, um den Arabern in ihrem Bestreben nach Ausbau ihres Wirtschaftslebens und nach sozialem Fortschritt zu helfen. Der Premierminister brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Araber Palästinas beschlossen hätten, keine Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Er sei jedoch darüber befriedigt, daß der arabische Standpunkt auf der Konferenz hinreichend und wirksam vertreten würde. Es war kein Mangel an britischer Unterstützung, welcher dem Aufnahmegesuch Transjordaniens in die Vereinten Nationen hinderlich war. Auf der anderen Seite, glaube ich, können wir mit Recht für uns in Anspruch nehmen, daß die Mitgliedschaft der syrischen und libanesischen Republiken in der Organisation der Vereinten Nationen auf die Förderung und Unterstützung seitens der britischen Regierung zurückzuführen ist. Attlee erklärte, die arabischen Staaten hätten nunmehr Gelegenheit, mit einer bedeutenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu beginnen, aus der ihre Völker Nutzen ziehen könnten und die ihre Stärke und Stabilität erhöhen würde. Ich kann Ihnen versichern, daß die britische Regierung, soweit Sie ihre Hilfe wünschen, alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um Sie beim wirtschaftlichen und sozialen Aufbau zu unterstützen.

Antwort syrischer Delegation

London, 13. Sept. (dana) Der Leiter der syrischen Delegation bei der Londoner Palästinakonferenz, Faris Bey el Khouri, antwortete auf die Eröffnungsansprache Attlees. „Mit großem Interesse haben wir die Rede des Ministerpräsidenten angehört. Wir bitten, unseren herzlichen Dank für den Willkommengruß aussprechen zu dürfen und hoffen, unsere Antwortrede in der nächsten Sitzung halten zu können."

Bevin zum Palästina-Problem

In einem amtlichen Kommunique, das sich mit der nichtöffentlichen Sitzung der Palästina-Konferenz am 11. d. Mts. befaßt, heißt es, daß Außenminister Bevin bei Eröffnung der Sitzung zu der Palästina-Frage in ihrer internationalen Auswirkung Stellung genommen hat. Er habe die Konferenzmitglieder ersucht, das Palästina-Problem, dessen Auswirkungen weit über die Grenzen Palästinas reichen, großzügig zu behandeln.

Araberstaaten lehnen ab

Sechs der sieben Araberstaaten, die an der Palästina-Konferenz teilnehmen, haben bisher den britischen Vorschlag zur Aufteilung Palästinas abgelehnt.

In den beiden Geheimsitzungen der Palästina-Konferenz am 12. d. Mts. kam die Einigkeit und Entschlossenheit der Araber in ihrer Ablehnung des Planes für eine provinzielle Selbstverwaltung in Palästina zum Ausdruck.

Außenminister Bevin nahm an der Vormittagssitzung teil, um die von den arabischen Delegierten vorgebrachten Gesichtspunkte zu hören.

Zur Palästina-Konferenz
Emir Feisal, Vertreter von Saudi-Arabien, weilt mit seinem Sohn in London (dana-Bild)

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdul Rahman Azzam Pascha, erklärte vor Pressevertretern, die Palästina-Frage werde letzten Endes ohne Rücksicht darauf, ob auf der Palästina-Konferenz eine Einigung erzielt werde oder nicht, den Vereinten Nationen vorgelegt werden müssen. — „Ich möchte den Tag erleben", sagte Azzam Pascha, „an dem die Vereinten Nationen der oberste Gerichtshof der Welt sein werden. Wir sind mit der Hoffnung nach London gekommen, die Welt von einem der schwierigsten Probleme der Menschheit zu befreien".

Linksparteien verlangen Lösung durch Weltsicherheitsrat

Bagdad, 13. Sept. (ins). Die Behandlung des Palästina-Problems durch den Weltsicherheitsrat fordern die Vorsitzenden der drei größten Linksparteien des Irak in einem Schreiben an die Palästinakonferenz in London.

Die Vorsitzenden mißbilligen in dem Brief den gegenwärtigen Verlauf der Palästinadebatte und schlagen eine Zurückweisung des britischen Plans zur Aufteilung Palästinas in getrennte Staaten vor. Keine Lösung außer der Bildung eines unabhängigen demokratischen Araberstaates in Palästina wird die Araber befriedigen".

Keine Konzessionen mehr

Jerusalem, 13. Sept. (dana) „Wir werden keine weiteren Konzessionen mehr machen", erklärt Dr. Hussein Khaldi, der Sekretär des Exekutivausschusses des arabischen Hohen Komitees zu der Eröffnungsrede des britischen Premierministers Attlee bei der Londoner Palästinakonferenz.

Die britische Regierung, führte Khaldi aus, hätte 1939 keine Lösung gefunden und würde auch heutzutage keine finden. Großbritannien könne nichts gegen den zionistischen Einfluß unternehmen.

„Attlee ist der Meinung, daß alles, was wir palästinensischen Araber brauchen, die Förderung der wirtschaftlichen Ausbreitung und des sozialen Fortschrittes sei. Wir haben aber nicht die Absicht, unsere Zukunft für ein „Linsengericht" zu verkaufen."

Abtrennung Süd-Schleswigs gefordert

Kopenhagen, 13. Sept. (dana). Die „Südschleswig-Vereinigung" forderte, wie Radio Kalundborg berichtete, die dänische Regierung sowie den Riksdag auf, die Unterstellung Südschleswigs unter dänische oder internationale Verwaltung zu erwirken und eine Volksabstimmung auf der kommenden Friedenskonferenz anzustreben.

Deutsche Reparationen an Sowjetunion

Eine Erklärung William Claytons

Washington, 13. Sept. (dana) William Clayton, Staatssekretär im Außenministerium, erklärte in einer Pressekonferenz, daß bei amerik. Behörden in Deutschland Berichte darüber eingingen, wonach die Sowjetunion Reparationen aus der laufenden Produktion in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erhalte. Es lägen jedoch keine Bestätigungen dieser Berichte vor. Clayton wies darauf hin, daß die Sowjetunion nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berechtigt sei, Reparationen aus der sowjetischen Besatzungszone sowie aus der amerikanischen und britischen Zone zu beziehen.

Die Nürnberger Angeklagten dürfen Besuche empfangen

Nürnberg, 13. Sept. (dana). Sämtlichen Angeklagten des Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesses ist es bis zum 22. September gestattet, ihre nächsten Familienangehörigen zu empfangen. In der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags können sie sich täglich eine halbe Stunde mit ihren Angehörigen unterhalten.

Z. Zt. befinden sich außer Frau Göring mit Tochter, Frau Jodl und Frau von Ribbentrop auch Frau Lisa Sauckel mit einem ihrer Kinder, Frau Margarete Frick, Frau Schacht, Frau Margarete Speer und die Tochter des Angeklagten von Papen, Stefanie von Papen, in Nürnberg.

Schutz der Familie, Aufgabe des Staates

Verlesung des Hirtenbriefes deutscher Bischöfe — Die Rechte der Familie dem Staat gegenüber

Fulda, 13. Sept. (dana) „Die Fragen der rechtlichen Anerkennung der Familie und der Autorität der Eltern, Unauflöslichkeit der Ehe, Schutz der ehelichen Tugenden in der Oeffentlichkeit, eine familiengemäße Steuer-, Lohn- und Wohnungspolitik, Erziehungsrechte der Eltern und weltanschauliche Gestaltung der Schulen werden demnächst auch eine große Rolle in den Parlamenten spielen. Darum kann die christliche Familie unmöglich den Wahlen zu politischen Körperschaften gleichgültig gegenüberstehen. Es ist eine Gewissenssache der Christen, Männer wie Frauen, an den Wahlen teilzunehmen", heißt es in dem ersten Teil des Hirtenbriefes, der auf der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. bis 22. August abgefaßt und von drei Kardinälen, vier Erzbischöfen, 15 Bischöfen, einem Prälaten und zwei Kapitularvikaren unterschrieben wurde. Er ist am Sonntag von sämtlichen Kanzeln in Deutschland verlesen worden.

Nachdem im Hirtenbrief zunächst des verstorbenen Kardinals Graf von Galen gedacht wird, ist die Stellung der Familie in der heutigen Zeit das Thema des ersten Teiles.

„Durch den Krieg hat die Familie schwere Wunden davongetragen. Zwar hat der Nationalsozialismus die Eheschließungen gefördert und kinderreiche Familien bevorzugt, aber er konnte dem Eigenwert der Familie nicht gerecht werden. Die Familie war ihm nur Mittel zum Zweck und sollte dem Staate Kinder zeugen. Der Staat aber war alles und Selbstzweck."

Was der Nationalsozialismus begann, setzte der Krieg fort. Die jahrelange Trennung der Ehegatten durch den Kriegsdienst, die häufig wechselnden Einquartierungen stellten die gegenseitige Liebe und Treue hüben und drüben auf eine Probe. Die Vertreibung zahlloser Familien von Haus und Hof, die Zerstörung nicht nur der Fabrikanlagen, sondern auch der Wohnstätten im Luftkrieg, raubten der Familie ihre materielle Unterlage, die Lahmlegung der Industrie nimmt ihr die Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen. Darum richten wir an alle den dringenden Ruf: Rettet die Familie. Sie ist der Mutterboden, auf dem der einzelne Mensch wachsen muß. Die Familie ist die Lebensquelle, auf der sich der Staat aufbaut.

„Die Familie war vor dem Staat da und gibt ihm seine Bürger. Sie ist die natürliche Pflanzstätte der sozialen Tugenden. Der Staat kann und darf daher niemals die Familie beiseite drücken oder verdrängen, vielmehr ist es seine vornehme Aufgabe, sie zu schützen und zu fördern. Die Familie hat daher unveräußerliche Rechte dem Staat gegenüber.

Der Staat darf den Zerfall der Ehe nicht fördern, muß vielmehr alles tun, was in seinen Kräften steht, um das Eheband zu kräftigen. Der Staat soll durch die Gemeinden behilflich sein, daß alle Familien eine menschenwürdige Wohnung finden und möglichst viele ein Eigenheim erwerben können. Die Förderung des Wohnungsbaues wird eine vordringliche Aufgabe sein.

Der Staat wird eine solche Lohnpolitik treiben müssen, daß der Hausvater imstande ist, für seine Familie zu sorgen." Weiter wird in dem Hirtenbrief gefordert, daß die Steuergesetzgebung auf das Wohl der Familie weitgehende Rücksicht nimmt und vor allem die kinderreichen Familien begünstigt. Die sozialen Hilfen dürfen nicht den Charakter einer bestehenden Armenhilfe oder einer herzlos gereichten Wohlfahrtsunterstützung haben, sondern müssen die Würde der ohne Schuld in Not geratenen Familie wahren und deren Gerechtigkeitsanspruch auf staatliche Hilfe erkennen lassen.

Der Staat muß dem Familienvater einen besonderen Rechtsschutz als dem Haupte der Familie angedeihen lassen. Er muß die Autorität der Eltern über ihre Kinder schützen und stärken.

Der Staat könne einen Schulzwang ausüben. Wenn er ihn aber mit der Zwangsschule verbinde, sei das eine unerträgliche Einengung der Elternrechte. Abschließend wird im ersten Teil des Hirtenbriefes die Einrichtung jener Einheitsschule gefordert, in der Kinder, Eltern und Lehrer in ihrer Weltanschauung und ihrem Glauben einig sind.

Für bessere Lebensbedingungen

Fortsetzung von Seite 1

Wortlaut des vorläufigen Abkommens

Frankfurt a. M., 13. Sept. (dana) Das von den deutschen Vertretern der US- und der britischen Zone Deutschlands ausgearbeitete Abkommen über die Bildung einer gemeinsame Wirtschaftsverwaltung hat folgenden Wortlaut:

Zwischen den Wirtschaftsministern der Länder Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen in Vertretung der drei Ministerpräsidenten einerseits und den drei Vertretern der britischen Zone andererseits wird das folgende vorläufige Abkommen über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung in der amerik. und britischen Besatzungszone bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit getroffen. Dieses Abkommen wird mit Zustimmung der Militärregierungen der amerik. und britischen Zone abgeschlossen. Es steht den anderen Zonen frei, dem Abkommen beizutreten.

Artikel 1

1. Um den Plan einer gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung zu verwirklichen, wird ein Wirtschaftsrat mit dem Sitz in Minden gebildet.
2. In Zusammenarbeit mit den vertragschließenden Parteien kann ein Beirat gebildet werden, der den Wirtschaftsrat berät.

Artikel 2

Der Wirtschaftsrat besteht aus den drei Wirtschaftsministern der drei Länder der amerik. Zone und aus drei Vertretern der britischen Zone, die vorläufig von der britischen Militärregierung ernannt werden. Für jedes Mitglied ist ebenfalls ein Stellvertreter vorzusehen.

Artikel 3

1. Der Wirtschaftsrat gibt Weisungen heraus, die für alle beteiligten Länder- und Verwaltungseinheiten maßgebend sind, und zwar für die folgenden Gebiete:
   1) Grundsätze des allgemeinen deutschen Wirtschaftsrechts und des Wirtschaftsstrafrechts.
   2) Außenhandel (es wird eine Hauptabteilung „Außenhandel" eingerichtet).
   3) Gütererzeugung (Wirtschaftsplanung und Produktionslenkung).
   4) Güterverteilung (Verkaufs- und Verbrauchslenkung).
   5) Binnenhandel.
   6) Preisbildung und Preislenkung.
   7) Industrielle Normung.
   8) Wirtschaftsstatistik.
   9) Erzeugung, Zuteilung und Verteilung von Gas, Wasser und Elektrizität.
2. Daneben arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem Finanzrat in Fragen der Bank- und Kreditpolitik zusammen, soweit sie Handel und Industrie betreffen.

Artikel 4

Weitere Aufgaben des Wirtschaftsrates sind:
a) dem Kontrollrat vorliegende Gesetzentwürfe zu prüfen, soweit sie an den Rat verwiesen werden,
b) Ausführungsbestimmungen für diejenigen Gesetze und Verordnungen des Kontrollrates zu erlassen, die ihm zu diesem Zweck überwiesen werden.

Artikel 5

1. Die Beschlüsse des Wirtschaftsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen.
2. Die Minderheit hat das Recht, ihre abweichende Meinung den Militärregierungen bekanntzugeben. In diesem Fall werden ohne die Zustimmung der Militärregierung keine weiteren Schritte unternommen. Bei Stimmengleichheit besteht dieselbe Möglichkeit.

Artikel 6

1. Der Wirtschaftsrat wählt einen Vorsitzenden und einen stellv. Vorsitzenden. Für den Fall, daß ein Mitglied des Rates gewählt wird, entsendet die Behörde, welche das Mitglied ernannt hat, einen neuen Vertreter in den Wirtschaftsrat.
2. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter können durch Mehrheitsbeschluß des Wirtschaftsrates entfernt werden.
3. Weder der Vorsitzende noch der stellv. Vorsitzende haben Stimmrecht.
4. Der Wirtschaftsrat kann dem Vorsitzenden zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Befugnisse übertragen. Hierüber ist den Militärregierungen Bericht zu erstatten.

Artikel 7

1. Der Wirtschaftsrat gibt sich seine Geschäftsordnung und bildet seine eigene Verwaltung.
2. Er ernennt die leitenden Beamten (Abteilungsleiter und Unterabteilungleiter), wobei für eine angemessene Vertretung des Gesamtgebietes soweit wie möglich Sorge zu tragen ist.
3. Die übrigen Beamten und Angestellten werden vom Vorsitzenden nach Beratung mit dem Wirtschaftsrat ernannt.
4. Die Beamten und Angestellten der Verwaltung des Rates unterstehen der Dienstaufsicht des Vorsitzenden.

Artikel 8

Sämtliche Veröffentlichungen ergehen im Namen des Wirtschaftsrates.

Artikel 9

1. Die Länder sind zur Ausführung der Beschlüsse des Wirtschaftsrates verpflichtet. Die Beschlüsse werden von den betreffenden Wirtschaftsbehörden der Länder in der amerikanischen Zone und entsprechend in der britischen Zone ausgeführt.
2. Die Gesetze, Rechtsverordnungen und Ausführungsbestimmungen werden in der amerikanischen Zone durch die Länder, in der britischen Zone in der dort vorgeschriebenen Art und Weise erlassen.
3. Der Wirtschaftsrat überwacht die Ausführung der von ihm erlassenen Beschlüsse und Vorschriften durch seine Verwaltung.

Artikel 10

1. Im Rahmen seiner Zuständigkeit verhandelt der Wirtschaftsrat unmittelbar mit den zentralen Wirtschaftsbehörden der beteiligten Länder und Verwaltungseinheiten.
2. Der Rat hat das Recht, Kontrollorgane einzurichten zwecks Nachprüfung der Ausführung seiner Beschlüsse. Diese Organe haben nicht das Recht, von sich aus Anweisungen zu erteilen. Die Verordnung vom 13. Juli 1923 über die Pflicht der Auskunftserteilung (RGBl. 1 S. 723) findet bei der Ausübung der Kontrolle Anwendung.
3. Die Prüfungsberichte werden dem Wirtschaftsrat vorgelegt, der über die Berichte und die erforderlich erscheinenden Maßnahmen entscheidet.

Artikel 11

1. Der Vorsitzende legt den Haushaltsplan für die Verwaltung und den Stellenplan vor dem Beginn jedes Haushaltsjahres vor und legt spätestens drei Monate nach dem Ende des Haushaltsjahres Rechnung.
2. Bis zum Erlaß allgemeiner Vorschriften über die Aufbringung der Kosten für deutsche Zentralbehörden werden die Kosten der Verwaltung zu gleichen Teilen von der britischen und amerikanischen Zone getragen.

Artikel 12

Das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone und der Wirtschaftsrat des Länderrates führen ihre Arbeit weiter, bis die gemeinsame Wirtschaftsverwaltung in der Lage ist, ihre Arbeit aufzunehmen.

Ziel der Zwei-Zonen-Einheit

Berlin, 13. Sept. (dana) „Wir müssen dem deutschen Volk Hoffnung für die Zukunft geben, damit es durch den nächsten Winter kommt. Dies kann nur geschehen, wenn es eine tatsächliche Verbesserung seiner Lebensbedingungen sieht". Diese Erklärung gab General J. G. Cowley, stellv. Vorsitzender des Wirtschafts-Unterausschusses der britischen Militärregierung, gegenüber den deutschen Vertretern der amerik. und der britischen Zone ab, als er die Bedeutung der Verhandlungen über die Wirtschaftseinheit der beiden Zonen erläuterte, die in Frankfurt am 10. d. Mts. begannen.

General Cowley betonte, daß den deutschen Vertretern mit der gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung der beiden Zonen keine leichte Aufgabe gestellt worden sei. Die durch den anrückenden Winter auftauchenden Schwierigkeiten seien nicht geringer als die des vorigen Winters.

Der General wies auf die Notwendigkeit hin, sämtliche verfügbaren Quellen der beiden Zonen für das Allgemeinwohl auszunutzen. Zuerst müßten die Bergleute veranlaßt werden, mehr Kohle zu fördern, da ohne diese Mehrproduktion nichts anderes begonnen werden könne. Sobald dies aber erreicht sei, werde eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung einsetzen.

Alle Mittel und Wege zur Erreichung dieser Kohlen-Mehrförderung müßten erwogen werden. Es handele sich vor allem um die Verbesserung der Wohngelegenheiten. Ferner müsse eine größere Menge von Verbrauchsgütern für die Bergleute verfügbar gemacht werden. Dies sei eine der Hauptaufgaben der deutschen Vertreter.

Das freie Wort

Zu dem am 27. August 1946 unter „Freies Wort" erschienenen Artikel des Herrn Michael Strickfaden nimmt die Landespolizeidirektion wie folgt Stellung:

Im Monat August 1946 sind zwei Einbrüche in Malsch verübt worden, nicht wie der Schreiber des Artikels, Herr Strickfaden, behauptet, fast jede Nacht. Einer davon ist der im Artikel bezeichnete. Von der in Malsch stationierten Landespolizei werden jede Nacht Streifen durchgeführt. Außerdem werden von der amerikanischen Constabulary-Police zusammen mit der Landespolizei motorisierte Streifen gefahren, so daß genügender Polizeischutz vorhanden ist. Leider ist es bei dem augenblicklichen Aufbau der Landespolizei und dem damit verbundenen Mangel an geschulten Polizeibeamten nicht möglich, das Dienstzimmer ständig besetzt zu halten. An der Tür des Dienstzimmers in Malsch hängt jedoch eine Tafel, auf der der Wohnsitz des einzelnen Polizeibeamten verzeichnet ist. Einer von diesen Beamten wohnt übrigens unmittelbar neben dem Dienstzimmer. Außerdem dürfte der Wohnort von Herrn Maier, dem Führer des Landespolizeipostens in Malsch, jedem Malscher bekannt sein, denn Herr Maier ist bereits 6 Jahre als Polizeibeamter in Malsch tätig und war Leiter der Ortspolizei, bevor auf Anordnung der Militärregierung die Landespolizei aufgestellt wurde. Wenn der Mitbürger also nicht die Landespolizei gefunden hat, so hätte er auch die frühere Gemeindepolizei nicht gefunden. Welcher Unterschied bestände also in diesem Falle zwischen Gemeindepolizei und Landespolizei? Die Behauptung des Herrn Strickfaden, die Landespolizei sei bei dem Einbruch erst sehr spät erschienen, entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr waren die zwei Polizeibeamten nach Betätigung der Alarmanlage zusammen mit den Nachbarsleuten, als erste am Tatort. Da die Polizei vorher nicht benachrichtigt worden war, konnte sie natürlich auch nicht früher erscheinen. Bei den Einbrechern handelt es sich, wie festgestellt wurde, um 2 entlassene Marokkaner, die aus Muggensturm kamen und jetzt von der französischen Gendarmerie gesucht werden. Herr Strickfaden ist Mitglied des Gemeinderats in Malsch und hätte als solcher Gelegenheit gehabt, bei der Landespolizei Unzulänglichkeiten in polizeilicher Hinsicht vorzutragen, was jedoch bisher nicht geschehen ist. Die Landespolizei ist gern bereit, Vorschläge, die zur Verbesserung der polizeilichen Tätigkeit führen können, entgegenzunehmen. Herr Schneidermeister Strickfaden hat dies jedoch nicht getan. Wäre es nicht besser, in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Gemeinderats und der Landespolizei derartiges zu besprechen und damit zum Wohl und zur Sicherheit der Allgemeinheit beizutragen?

Stimme der Parteien

Brachliegender Ackerboden.

In der Nr. 74 der BNN hat die Demokratische Volkspartei einen bemerkenswerten Artikel gebracht, der sich mit der Notwendigkeit des Gemüseanbaus im Stadtbezirk Karlsruhe beschäftigt. Der Schreiber behandelt den Wert verschiedener Gemüsesorten für den menschlichen Körperhaushalt und hat eine Arbeit geschrieben, die man sonst nur in Fachzeitschriften anzutreffen pflegt.

Sein praktischer Vorschlag, brachliegendes Gelände in Karlsruhe für den Gemüseanbau zu verwenden, sollte nicht nur die Sympathie der Bevölkerung finden, — sondern sollte auch die städtischen Behörden, die es angeht, interessieren.

Nun liegen in Karlsruhe nicht nur der Flugplatz und einige Sportplätze brach, sondern auch städtisches Gelände, das zum Zwecke der Bebauung an private Pächter vergeben worden ist.

So hat während des Krieges der als Nazi bekannte Wäschereibesitzer Schorpp an der Neureuter Straße 10—12 ha Ackerland mit Vorkaufsrecht von der Stadtverwaltung gepachtet, dessen Zustand heute jeder Beschreibung spottet. Schorpp ist offensichtlich gar nicht in der Lage, dieses Land fachmännisch zu bestellen, das eine Ackernahrung für eine Bauernfamilie ergeben würde, die auch noch ihre Produkte auf den Markt bringen könnte. Acht Hektar wurden mit Kartoffeln und Getreide angepflanzt, der Rest aber liegt brach. Die Kartoffeln werden vom Kartoffelkäfer zerstört und vom Unkraut erdrückt, was aus dem Getreide geworden ist, weiß nur Schorpp selbst — der behauptet, nichts davon abliefern zu können, da er keine Erträge gehabt habe.

Im Frühjahr 1946 hat Schorpp für sein Pachtland an Saatgut folgende Menge erhalten: 595 kg Sommerweizen, 75 kg Winterweizen, 430 kg Sommergerste, 100 kg Hafer, insgesamt 1190 kg. Die Menge der Saatkartoffeln ist unbekannt geblieben.

Mühlburger Bauern, die weit weniger an Ackerland als Schorpp besitzen und weniger Saatgut erhalten haben, liefern schon seit Jahren ihre Erzeugnisse ab. Den Mühlburgern sind diese Zustände nicht verborgen geblieben. Einige Bauern, die im Besitze der zur Bebauung notwendigen Ackergeräte sind, haben sich schon öfters bei der Stadtverwaltung um Ueberlassung der brachliegenden Teile des Schorpp'schen Pachtlandes bemüht, sind aber mit entsprechenden Hinweisen abgewiesen worden. Entweder arbeitet Schorpp mit untauglichen Mitteln — oder er treibt sonstigen Mißbrauch mit dem ihm zugeteilten Saatgut. In beiden Fällen schadet er der Bevölkerung. Solche Schädlinge gehören ausgemerzt und ihr Pachtland Pächtern gegeben, die eine Gewähr für die gewissenhafte Bearbeitung des ihnen anvertrauten Volksgutes bieten.

Kreisleitung der KPD Karlsruhe.

Uebertritt zur SPD

Frankfurt, 13. Sept. (dana) Der bisherige Geschäftsführer der Stadtleitung der CDU ist aus der CDU ausgeschieden und in die SPD eingetreten.

Dubiel, der Protestant ist, begründete seinen Austritt mit der Feststellung, daß nach seinen Wahrnehmungen „die CDU mit ihren fast ausschließlich katholischen Mitgliedern und ihrem rein klerikalen Charakter niemals eine Partei zur Wahrung der Interessen der Protestanten sein und werden könne." Nach seiner Ansicht könne bei der CDU von „einer Entwicklung, Vertretung und Verfolgung demokratischer Grundziele, die dem Wesen wahrer Demokratie entsprechen, keine Rede sein."

Der jetzige Geschäftsführer der CDU, Stadtkreis Frankfurt, Dr. Josef Frank, erklärte hierzu: Dem ehemaligen Geschäftsführer der Stadtleitung der CDU, Frankfurt, Max Dubiel, wurde mit Schreiben vom 19. Juni mitgeteilt, daß er mit Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist aus der Partei entlassen und seiner Aemter in der Partei enthoben sei und bis zu diesem Zeitpunkt als beurlaubt gelte. Die Entlassung sei erfolgt, da Dubiel „die Voraussetzungen eines Geschäftsführers bei weitem nicht erfüllt" habe.

„Mittelbayerische Zeitung" verwarnt

München, 13. Sept. (dana) Die Lizenzträger der „Mittelbayerischen Zeitung" (Regensburg) erhielten eine strenge Verwarnung durch die Nachrichtenkontrollabteilung der amerikanischen Militärregierung für Bayern wegen der Schlagzeilen auf der ersten Seite der Ausgabe vom 30. August, „die den Eindruck erweckten, als ob ein neuer Weltkrieg vor der Türe stehe."

Obwohl in dem Leitartikel und einer Bilderreihe die entschieden kriegsgegnerische Einstellung des Blattes zum Ausdruck kam, wurde diese nach Ansicht der Nachrichtenkontrollbehörden durch alarmierende Schlagzeilen, wie z. B. „Verfahrene Situation in Paris", „Der dritte Weltkrieg bereits in Sicht?" oder „Noch stärkere Atombomben — einzige Friedenssicherung?" überschattet. „Wir haben keinerlei Interesse. Tatsachen an sich zu verhehlen", heißt es in der Verwarnung u. a., „wir werden aber ebensowenig deren Mißbrauch zur Erzeugung einer Kriegspsychose, wie es in Ihrem Falle geschah, zulassen."

Karlsruher SPIEGEL

„Wer die Heimat liebt . . .“

Wer die Heimat liebt,
baut sie wieder auf,
setzt an jedem Tag
Stein auf Steine drauf! —

Wer die Heimat liebt,
tut für sie die Pflicht
bis zur letzten Stund'
und drückt sich nicht! —

Wer die Heimat liebt,
setzt sich für sie ein! —
Ohne Heimat kann
niemand glücklich sein . . .

Wer die Heimat liebt,
alles für sie gibt! —

Franz Grosholz.

Kürzung der Arbeiterernährungszulagen in Nordbaden?

Beim Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe fand unter dem Vorsitz des Landesbezirksdirektors Klausmann eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter und weiterer Arbeitervertreter Nordbadens statt. Maßgebende Vertreter des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums in Stuttgart sowie der entsprechenden Behörden in Karlsruhe waren zugegen.

Der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes Karlsruhe und der leitende Gewerbeaufsichtsbeamte für Württemberg und Baden berichteten über eine zwingende Anordnung des Länderrats, wonach die Arbeiterernährungszulagen in Nordbaden nach neuen Richtlinien für die US-Zone meistens vermindert werden müssen. Diese harte Maßnahme, durch die etwa 60 000 Personen mehr oder weniger betroffen werden, ist von den Arbeitervertretern als untragbar gekennzeichnet worden, zumal die Ernährungslage in Nordbaden schwieriger als in Württemberg ist. Einige Teilnehmer der Konferenz befürchten, daß die Betroffenen die schweren Arbeitsplätze verlassen werden, wenn diese Anordnung nicht zurückgenommen wird. Die Mannheimer wiesen auf die geschwächten und zerfallenen Menschen der Betriebe ihrer Stadt hin, die kaum noch 50 Prozent der früheren Leistungen vollbringen können. Es wurde sehr geklagt, weil die Landwirte die Ablieferungen verzögern. Die Arbeiter fordern strenge Maßnahmen und Mitwirkung der Arbeitervertreter bei der Erfassung und Verteilung.

Eine besondere Berücksichtigung der ungünstigen Verhältnisse der größeren Städte Nordbadens ist dringend notwendig. Der Vertreter des Arbeitsministeriums versprach, trotz aller Schwierigkeiten in der Versorgungslage, nochmals für Verbesserungen wirksam zu sein. Es ist somit die Hoffnung noch berechtigt, daß in letzter Stunde die Umstellung mindestens auf eine bessere Jahreszeit aufgeschoben wird.

Kennkarten-Ausgabe

Trotz großer Schwierigkeiten hat das Polizeipräsidium versucht, zeitraubendes Anstehen und großen Andrang bei der Ausgabe der neuen Kennkarten dadurch zu verhindern, daß den Antragstellern durch Zustellung einer Karte mitgeteilt wird, wann sie ihre Kennkarte abholen sollen. Da die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, Familienväter und Angehörige einzeln aufzufordern, müssen diese Benachrichtigungen für alle Familienangehörigen gemeinsam ergehen. So bleibt nicht zu umgehen, daß die zur Abholung vorgesehene Zeit oft in die allgemeinen Geschäftsstunden fällt. Wenn irgend möglich, sollte sie trotzdem auch von der arbeitenden Bevölkerung eingehalten werden; geht es nicht anders, wolle sich diese doch am Tage der Vorladung nach ihrem Arbeitsschluß einfinden, auch wenn die Aufforderung auf eine andere Stunde lautete. Dagegen müssen sich die Familienmitglieder unbedingt an die aufgegebenen Zeiten halten, weil sonst ein Andrang gegen das Monatsende mit den üblen Folgen nicht zu vermeiden ist. Da in diesen Tagen nur etwa die Hälfte der einbestellten Antragsteller zur Abholung kamen, obwohl auch die Abendstunden und selbst der Sonntag zur vollen Ausnutzung vorgesehen waren, ergeht die dringende Bitte, die mitgeteilten Abholzeiten pünktlicher einzuhalten. Nur dann kann die Ausgabe bis zum Monatsende beendet sein.

Wer der Aufforderung nicht nachkommt, setzt sich der Gefahr aus, seine Kennkarte nicht mehr rechtzeitig zu erhalten. Er muß dann mit recht unangenehmen Folgen rechnen.

Wilde Aufkäufer und Kommissionäre

Die Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die Material- und Warenknappheit bringen es mit sich, daß bei der Industrie und auch beim Handel in großem Umfange Aufkäufer und Kommissionäre auftreten, die weder die kaufmännische und fachliche Eignung und außerdem häufig nicht die erforderliche behördliche Genehmigung zu ihrer Tätigkeit besitzen.

Diese fragwürdigen Gewerbetreibenden schließen ohne Sachkenntnis Geschäfte ohne Rücksicht auf den Preis ab und bringen damit den regulären Handel in Mißkredit. Durch diese wilden Aufkäufer wird zudem ein nicht unerheblicher Teil der noch vorhandenen Waren dem regulären Verkauf vorenthalten und dem Schwarzen Markt zugeführt.

Wir empfehlen der Industrie und dem Handel jede gebotene Sorgfalt anzuwenden, nicht zuletzt auch den wilden Kommissionären gegenüber, die sich von Firmen Preislisten zur Verfügung stellen lassen und sich dann berechtigt fühlen, große Lieferangebote zu machen und Interessenten gegenüber über ganze Warenläger zu verfügen vorgeben, ohne daß die in Betracht kommende Lieferfirma ihnen auch nur die geringste Lieferung zugesagt hat.

Wir wiederholen daher unsere Aufforderung, nur an behördlich zugelassene Gewerbetreibende Ware zu verkaufen und nur von solchen Ware zu beziehen.

Entlassungsgeld an ehemalige deutsche Kriegsgefangene

Wie wir erfahren, besteht für ehemalige, aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassene, deutsche Wehrmachtsangehörige die Möglichkeit, ihre Ansprüche auf noch nicht gezahltes Entlassungsgeld bezw. rückständigen Wehrsold, geltend zu machen. Die Dienststelle Fritsch, Außenstelle Württemberg-Baden, Stuttgart, Alexanderstr. 112, arbeitet nach den Weisungen der zuständigen amerikanischen Stellen. Die Nachzahlung von Wehrsold und Entlassungsgeld erfolgt nur, wenn die Antragsteller in der amerikanischen Zone wohnen. Die Nachzahlung aller anderen persönlichen Gebührnisse ist nicht erlaubt. Entlassungsgeld wird nur dann nachgezahlt, wenn die Entlassung durch eine amerikanische Entlassungsstelle oder ein amerikanisches Entlassungslager nach dem 1. August 1945 durchgeführt worden ist. Wehrsold wird nur für die Monate August bis Oktober 1945 einschließlich nachgezahlt, wenn die Entlassung aus ununterbrochener amerikanischer Kriegsgefangenschaft durch ein amerikanisches Entlassungslager nach dem 1. August 1945 erfolgt ist. Wehrsold an die Angehörigen der noch nicht aus Kriegsgefangenschaft Entlassenen wird nicht gezahlt. Antragsteller brauchen nicht persönlich erscheinen. Die Auszahlung wird gegen Einsendung (Einschreiben) des Originals des Entlassungsscheines, einer Bestätigung des Entlasungslagers, daß Wehrsold für die Monate August bis Oktober 1945 weder gezahlt noch auf einer Kreditbescheinigung gutgeschrieben wurde, und einer eidesstattlichen Versicherung über den letzten Dienstgrad, den letzten Wehrsoldempfang und der vor der Entlassung im Lager verbrachten Zeit gewährt.

Die Morgenfeier für die Opfer des Faschismus im Städt. Konzerthaus beginnt 11.15 Uhr.

Städt. Archiv und Kunstsammlungen. Im zweiten Stock des Hauses Solms (Scheffelmuseum), Bismarckstr. 24, hat der Volksbund für Dichtung (ehemals Scheffelbund) ein Lesezimmer eingerichtet, das am 16. September eröffnet wird. Im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung hat sich die Leitung der Archivbücherei bereit erklärt, ihre reichen Bestände aus der älteren badischen Geschichte der Karlsruher Stadtgeschichte, sowie ihrer vornehmlich einschlägigen Kunstbücherei (Hans Thoma, die Karlsruher Kunst-Tradition usw.) zur örtlichen Ausleihe zur Verfügung zu stellen. Eine größere Anzahl lexikalischer und sonstiger Nachschlagewerke überwies das Städt. Archiv (Bismarckstr. 24, 1. St.) dem Volksbund zum gleichen Zweck als Leihgabe. A.

Rappenwört geschlossen. Der ungünstigen Witterungsverhältnisse wegen sieht sich die Städt. Badverwaltung gezwungen, das Rheinstrandbad Rappenwört und das Sonnenbad am Rheinhafen ab sofort zu schließen. Das Durlacher Bad dagegen bleibt weiterhin geöffnet.

Vorwiegend trocken und freundlich

Vorhersage bis Montagabend. Nach örtlichen Frühnebeln tagsüber wolkig bis heiter und vorwiegend trocken. Bei wechselnden Winden nachts frisch, über Mittag ziemlich warm.

Rheinwasserstände. 13. Sept. Konstanz 387 —2, Breisach 275 —6, Kehl 318 +13, Maxau 507 —12, Mannheim-Rhein 403 —17 Mannheim-Neckar 400 —14.

Mittler- und Brückenstellung Lindau

Ausstellung für Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft

Die vom 15. Sept. bis 6. Oktober auf Anregung und mit Unterstützung der französischen Militärregierung stattfindende Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft des Kreises Lindau, auf die wir im Wirtschaftsteil der BNN am 12. September bereits hinwiesen, trägt einen besonderen Charakter. Sie stellt nicht, wie Messen sonst, eine Werbung zwecks Absatzsteigerung dar, sondern ist in erster Linie eine Art Wortmeldung des bayerischen Kreises Lindau, die Aufmerksamkeit auf die besondere wirtschaftliche, staatsrechtliche und verwaltungsmäßige Sonderstellung dieses Kreises lenkend. Es verlohnt sich, angesichts der alten wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit Lindaus mit Württemberg und Baden sich mit den Problemen dieses Grenzkreises zu beschäftigen.

Als einziger französisch besetzter Teil Bayerns nimmt der Kreis Lindau eine staatsrechtliche und verwaltungsmäßige Sonderstellung ein, die in seiner besonderen verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Lage begründet ist, die dem Kreis einen besonderen „Lagewert“ verleiht. Hier kreuzen sich von West und Ost, Nord und Süd wichtige Verkehrswege. Das Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt am schwäbischen Meer und das bayerische Westallgäu — zwei ganz verschiedenartige Kreisteile — stehen heute, um mit den Worten des Präsidenten der Lindauer Industrie- und Handelskammer, Anton Zwisler zu sprechen, als Einheit sowohl dem amerikanisch besetzten Bayern wie auch dem französisch besetzten Süd-Württemberg unter völlig neuen Bedingungen gegenüber und leben mit beiden in engem wirtschaftlichem Austausch. Ueber Lindau geht die einzige unmittelbare Verbindung zwischen den französischen Besatzungszonen Deutschlands und Oesterreichs. Die Wiederaufnahme des unmittelbaren Trajektverkehrs mit der Schweiz, wie er vor dem Anschluß Oesterreichs bestanden hat, ist jederzeit wieder möglich.

Diese Mittler- und Brückenstellung Lindaus schließt sich an eine alte Tradition des Zwischenhandels und Warenumschlags an, die auch im früheren handwerklichen Rahmen schon immer mit gewissen Spezialproduktionen verbunden war. Dieser Zusammenhang zwischen Verkehr, Handel und Verarbeitung hat sich in der Entstehung verschiedener Industrien sowohl in der Stadt Lindau und ihrer unmittelbaren Umgebung wie auch im Westallgäu mit seiner Milch- und Viehwirtschaft ausgewirkt.

So versucht der Kreis Lindau, seinen Lagewert zwischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich und der Schweiz zur Geltung zu bringen, solange die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Verhältnisse noch im Fluß ist.

Daß im Reiche der erwähnte Lagewert des Kreises Lindau, seine Bedeutung als Mittler- und Brückenstellung erkannt wird, drückte sich darin aus, daß Pressevertreter nicht nur aus dem französisch besetzten Gebiet, sondern auch aus der amerikanischen und britischen Zone, aus Berlin, Paris und der Schweiz der Einladung der Ausstellungsleitung zu einer Vorbesichtigung gefolgt waren. Drei Tage am schimmernden Bodensee vermittelten ihnen einen starken Eindruck der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung dieses gesegneten Grenzlandes, dessen landschaftliche Schönheit, fruchtbarer Boden und lebensstarke, liebenswerte Bevölkerung im Wecken deutscher Dichter ein unvergängliches Denkmal gesetzt ist.

Die Landwirtschaft des Kreises ist, eine seltene Erscheinung, fast ohne Ackerbau. Von rd. 30 000 ha (90 Prozent davon Kleinbesitz unter 20 ha), sind noch nicht 300 ha landwirtschaftlich genutzt. Dreiviertel der gesamten agrarischen Nutzfläche entfallen auf Wiesen und Weiden, Milch- und Viehwirtschaft, sowie Obstbau sind daher dominierend. Die Industrie tritt stark zurück und wird repräsentiert namentlich durch die Hutindustrie, die entzückende Damenhüte nach französischen Modellen herstellt. Interessant in diesem Zusammenhange die Feststellung eines Fachmannes, daß die deutsche Mode sich international vor dem Kriege nicht nur nicht durchzusetzen vermochte, sondern Fiasko erlitt. Paris blieb modisch unbestritten führend. Für die Lage Lindaus als Verkehrsbrennpunkt ist charakteristisch, daß von dort aus 1938 fast eine Viertel Million Pakete ins Ausland gingen, 71 Prozent davon in die Schweiz, die übrigen nach Italien, Griechenland, Mittelmeer und Orient bis Iran und Afghanistan, nach Indien, China und Australien. Fast 2 Millionen Uhren gingen im gleichen Jahr über Lindau in alle Welt.

Das Bild des wirtschaftlichen Lebens des Kreises ist, wie mehr oder weniger überall in Deutschland, schwer zu deuten. Man arbeitet mit anerkennenswerter Aktivität, regt sich und rührt sich, um die engere Verflechtung mit Südwürttemberg und darüber hinaus die Verbindung mit Süddeutschland, Oesterreich, speziell Vorarlberg und dem alten Schweizer Nachbar zu vertiefen und auf Grund der gegebenen Brückenstellung auszubauen. Auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles bedeutet die Lindauer Kreisausstellung einen ermutigenden Schritt vorwärts. Durch die Besatzungsmacht, durch das Verständnis und die Förderung besonders auch des französischen Militärgouverneurs, Lieutnant-Colonel de Fout-Reaulx, sind unmittelbar zu Frankreich engere Beziehungen entstanden.

Den Teilnehmern an der Vorbesichtigung der Ausstellung war die Möglichkeit geboten, die Lehr- und Versuchsanstalt für Emmentaler Käserei zu besichtigen, die Eigentum des Milchwirtschaftlichen Vereins des Allgäu ist, ein in seiner Arbeit und Einrichtung vorbildliches Institut. Man erfuhr bei einem Rundgang durch das Hochlandwerk Interessantel über Schmelzkäseherstellung, die aus der Notwendigkeit erwuchs, in der Zeit der Grünfütterung und der aus ihr resultierenden „Milchschwemme“ den Milchgrieß vor Absinken auf ein die Vieh- und Milchwirtschaft gefährdendes Niveau zu bewahren, man sah in der Hutfabrik Reich, Lindenberg, entzückende Damenhüte, erlebte in Weiler eine überraschende und mit herzlichem Dank aufgenommene Ehrung durch die Einwohnerschaft, die im Schmuck ihrer schönen Trachten durch Gesang und Heimattänze erfreute, und hatte bei einem Abendempfang im repräsentativen Lindenhof in Lindau-Schachen zwanglos Gelegenheit zu Kennenlernen und Aussprache.

Die Tagungsteilnehmer schieden mit dem aufrichtigen Wunsch, daß die Kreisausstellung Lindau die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen und die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen des Grenzkreises mit dem übrigen Deutschland und dem benachbarten Ausland wieder enger gestalten möge. W. S.

Die Arbeit des Städt. Straßenverkehrsamtes

Eindrucksvolles Zahlenbild einer steigenden Leistung

Die Bedeutung des Straßenverkehrs seit Kriegsende ist Gegenstand des öffentlichen Interesses geworden. Er bildet eine der wichtigsten Grundlagen für die Sicherstellung der Ernährung, der Erhaltung von Wirtschaft, Handel und Industrie.

Nachdem am 4. April 1945 französische Truppen Karlsruhe besetzten, ruhte der zivile Straßenverkehr vollständig, die fahrbereiten Fahrzeuge wurden von fremden Truppen beschlagnahmt. Verantwortungsbereite Männer stellten sich schon in den ersten Tagen zur Lösung der entstandenen Aufgabe zur Verfügung. Besitzer von Kfz. meldeten sich freiwillig und so entstand zunächst die Fahrbereitschaft Karlsruhe. Am 10. September 1945 wurde das St.V.A. Karlsruhe eingerichtet, das die Fahrbereitschaft als eine Abteilung übernahm.

In den ersten Wochen und Monaten wurde der Fahrzeugbestand noch mehr reduziert. Da die Reichsbahn gänzlich ausgefallen war, stand man vor fast unlösbaren Aufgaben. Trotzdem gelang es durch restlose Heranziehung der wenigen Kfz. und erhöhtem Einsatz dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, ohne daß die Versorgung der Stadt Karlsruhe nennenswerte Störungen erlitt. Daß die Zufuhr für die Winterversorgung der Bevölkerung von Karlsruhe mit Lebensmitteln gegenüber anderen Städten besonders gelang, ist mit ein Verdienst der straffen Organisation bei dem St.V.A. Darüber hinaus wurde die Industrie mit verlagerten Maschinen, Ersatzteilen und besonders Rohmaterialien versorgt, um für die Bevölkerung wieder Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Einzelwünsche, wie Rückbeförderung der verlagerten Möbel usw., mußten im Interesse der Gesamtversorgung abgelehnt werden. Leider hatte ein Großteil der Bevölkerung hierfür wenig Verständnis und es gab harte Auseinandersetzungen. Ueber die Fortschritte, die bis heute auf dem Gebiete des Straßenverkehrs mit Kraftfahrzeugen durch das Straßenverkehrsamt Karlsruhe erzielt werden konnten, geben folgende Zusammenstellungen ein klares Bild:

a) Fahrzeugbestand in Karlsruhe:

	Sept. 1945	Ende Mai 1946
Motorräder	300	500
PKW	450	750
LKW. - Traktoren - Omnibusse	490	980
Anhänger	350	500
Insgesamt:	1590	2730

Schwierigkeiten gab es dadurch, weil viele Fahrzeuge überaltet sind und oft in Reparatur müssen. Diese Reparaturen werden von der techn. Abteilung des Straßenverkehrsamtes nach einem bestimmten Plan geleitet, damit die wenigen zur Verfügung stehenden Ersatzteile rationell verwendet werden. Der Mangel an Ersatzteilen zwang dazu, die zerstreut liegenden Wracks an PKW und LKW zu zentralisieren und zur Wiederherstellung anderer Fahrzeuge auszuschlachten. Die Reifenbeschaffung war und ist vollkommen ungenügend und eine große Anzahl Fahrzeuge stehen still, weil sie keine Reifen besitzen. Im amerikanisch besetzten Gebiet Nordbaden und Nordwürttemberg befindet sich keine Herstellungsfirma für Reifen und wenn nicht durch Interzonenaustausch bald Abhilfe geschaffen wird, fallen in nächster Zeit schätzungsweise 40 Prozent der LKW von Karlsruhe, die für die Versorgung dringendst benötigt werden, wegen Reifenschaden aus.

Dem St.V.A. ist ferner der gesamte Pferdebestand im Stadtkreis Karlsruhe unterstellt und wird der Einsatz und Lenkung der Pferdegespanne von hier einheitlich gesteuert. Zum Einsatz gelangen durchweg pro Woche 80 Gespanne. Insbesondere werden die Pferdegespanne für Schuttfahren und für die Brennholzverteilung herangezogen. Durch diesen Pferdedienst werden erhebliche Mengen von Treibstoff eingespart.

Die Versorgung mit Treibstoff hat sich seit Mai 1945 folgendermaßen gestaltet:

Bis August 1945 gab es keine zentrale Versorgung der Treibstoffe und die Stadt Karlsruhe mußte sich bei der Beschaffung von Treibstoff selbst helfen. In dankenswerter Weise wurde ihr hierbei rechtzeitig durch die amerikanische Militärregierung geholfen. Der notdürftigste Verkehr konnte in Gang gebracht werden. Eine gewisse Erleichterung trat ein, als die erste Zufuhr flüssigen Treibstoffes aus den hannoverschen Hydrierwerken ermöglicht wurde. Da Eisenbahnverbindungen fehlten und Tankwagen nicht zur Verfügung standen, mußte der Treibstoff vielfach in Fässern herbeigeschafft werden. Deutsche Treibstofferzeugung ist heute noch außerordentlich gering, die Zufuhr amerikanischen Benzins beschränkt. Seit August 1945 konnte die Zuteilung von Vergaserkraftstoff und Dieselkraftstoff zwar laufend gesteigert werden, ist aber im Verhältnis zu den jetzt in Betrieb befindlichen Fahrzeugen bei weitem nicht ausreichend. Deshalb ist, da immer noch von einzelnen Fahrern die Fahrzeuge für Privatzwecke oder zu nicht von der Fahrbereitschaft genehmigten Fahrten benutzt werden, der Einsatz weiterer Kontrollorgane erforderlich, um diese Verkehrssünder der gerechten Strafe zuzuführen. Durch den Verbrauch des Treibstoffs für solche Fahrten wird der Weg zum Wiederaufbau unserer Heimatstadt empfindlich gestört. Infolge der außerordentlichen Knappheit an flüssigen Brennstoffen wurde vom St.V.A. die Umstellung der Kraftfahrzeuge auf Festkraftstoffbetrieb (Holz und Braunkohlen) stark forciert. Auch hier sind Grenzen gesetzt, da die Abholzung unserer Wälder dieses erfordert.

Die Vorräte an Schmiermitteln reichten bisher aus, den Bedarf zu decken.

Erfreulicherweise ist der Mangel an Autobatterien überwunden.

b) Durch die vom St.V.A. Karlsruhe eingesetzten LKW wurden folgende Güter befördert:

	Okt. 1945	Dez. 1945	Mai 1946
Lebensmittel	3556 To.	4062 To.	11 945 To.
Baustoffe	1344 To.	1802 To.	6 985 To.
Holz und Kohlen	1572 To.	2105 To.	4 020 To.
Allgemeines	3624 To.	3812 To.	4 761 To.
	10 096 To.	11 781 To.	27 711 To.

Um die notwendigsten Güter für Karlsruhe zu beschaffen, mußten die vom St.V.A. eingesetzten LKW im Monat April 1946 insgesamt eine Strecke von 540 000 km zurücklegen. Diese Wegstrecke entspricht etwa 14mal dem Erdumfang.

Bei den Aufräumungsarbeiten, bei der Beschaffung von Baumaterialien und tägliches Herbeiholen der für den Aufbau und in den Betrieben eingesetzten Arbeiter aus den Landgemeinden sind die Fahrzeuge des St.V.A. stark beteiligt.

Man sieht aus diesen Zahlen, daß die jetzige Organisation des St.V.A. mit seiner Fahrbereitschaft ein bedeutender Faktor auf dem Wege zum Wiederaufbau unserer Heimat gewesen ist und für die Zukunft bis zur hoffentlich baldigen Herstellung der freien Wirtschaft sein wird.

Circus Adolf Althoff / Zur Karlsruher Premiere am 12. September

100 Jahre Zirkustradition, sagt das Programm des seit Donnerstag in Karlsruhe gastierenden Zirkus Adolf Althoff. Beste Tradition, zirzenzische Kultur und hohes Können einten sich in der Eröffnungsvorstellung zu dem gestalten- und farbenreichen Wirbel von geschmeidigen, gestählten Körpern, edlen und gelehrigen Tieren, mühelos scheinender Höchstleistung, lächelnd gebotener ernster Arbeit. Beschwingtheit und Musikalität, kurz zu dem, was in dem reizvollen und faszinierenden Begriff Zirkus vibriert und lebt.

Ein Programm voll Schwung und Tempo, ohne eine einzige schwache Nummer, ausgefeilt bis zum Letzten, in geschmackvoller Kostümierung elegant dargeboten, musikalisch dezent untermalt vom Althoff-Orchester unter Leitung von Kapellmeister Hans Klarhold.

Althoffs jüngster Nachwuchs eröffnet das Programm, temperamentvoll, frisch und sicher auf ungesatteltem Pferde voltigierend. Zwei Novas dann, Luftakrobaten von hohem Können, humorvoll, exakt und mit Eleganz arbeitend, gefolgt von Aisha und Haffsa, gelenkigen, meisterlichen arabischen Akrobaten. Drei Edwards bringen mit spielerischer, bewundernswerter Leichtigkeit hochqualifizierte Akrobatik am fahrenden Wagen. Eine ausgezeichnete Dressurleistung der Lippizaner Royal, das Pferd, das in rassigem, nervigen Köpfchen Klugheit birgt, richtig zu wählen weiß (ein Vorbild!) und eine Kerze ansteckt und ausbläst. Eine amüsante Clown-Nummer, Pepi, Petrino und Carlo, leitet über zu Dokye, fußballspielenden Hunden zwischen Karlsruher und Nürnberger Tor. Karlsruhe, dessen Torwart-Dogge große Klasse ist, gewinnt — freundliches Omen — 1:0. Eine Glanzleistung Julius Lange in einem verdientermaßen feinkomisch genannten Balance-Akt. Der routierende Teller auf dünnem Stab allen Gesetzen der Schwerkraft spottend. Langes Flaschenbalance auf verwegen gestelltem Stuhl, die Balance sogar des noch nicht Entnazifizierten auf dem Amtsstuhl in den Schatten stellend (was viel besagt). Eine maximale einmalige Leistung Althoffs akrobatische Elefantenrevue, ein glanzvolles mixtum compositum von urweltlicher gebändigter Kraft und weiblich-tänzerischer Anmut. Nach der Pause ein neuer Höhepunkt: Drei ebenso hübsche wie graziöse blutjunge Schwestern Rogge auf rollender Kugel, Sieg kurzgeschürzter Leichtigkeit und beherrschter Kraft über Rotation und Schwere. Paukenwirbel, Luftsensation in der Zirkuskuppel: Danner und Assistentin am Schwungseil. Atemraubende Luftakrobatik bester Tradition, mit jenem Können geboten, das — Anstrengung unmerkbar machend — Meisterschaft ist. Wieder das edle Pferd, in vollendeten Freiheitsdressuren vorgeführt von Direktor Adolf Althoff, dann eine Dressurdarbietung mit Zwergpferden, bescheiden Spielerei genannt, liebevoll und außerordentlich sympathisch ebenfals von Direktor Althoff gezeigt. Zwergpferde mit guter Kinderstube, gepflegt und artig. Ein Clou Oswino in Fußantipodenspielen, ein Rad, einen Garderobeständer, eine Puppe mit den Füßen phänomenal jonglierend, heiterste Effekte erzielend, Bewunderung verdienend. Geschickter mit Bein und Fuß als mancher mit der Hand, ein zweibeiniger Tausendfüßler. Viereinhalb Bentos nun, musikalische Spaßmacher, über die man wirklich lacht, mit Einfällen, die zu verraten künftige Besucher berauben hieße. Echte Heiterkeit auch noch im Derbkomischen erregend. Ein edles Pferd und eine kraftvoll-schöne Frau, Margot Edwards, Europas einzig dastehende Jongleuse zu Pferd, wie das Programm sagt. Bezaubernde Sicherheit auf wiegendem Pferderücken, hohe Jonglierkunst in gefälligster Form rechtfertigen voll die Programmnotiz. Auch die Schlußdarbietung, Liazeeds Arabertruppe, ein Höhepunkt. Gewagte, schwierigste Pyramiden, künstlerisch und farbenschön, rasante phantastische Sprünge hochtrainierter brauner Leiber, ein schokoladenfarbener Sarotti-Mohr, eine rassige schwarzbraune Salome.

Noch in den Schlußmarsch hinein rauschender Beifall der den Zirkus bis auf den letzten Platz füllenden dankbaren Besucher.

Reicher Erfolg ist dem in Karlsruhe hochwillkommenen Zirkus Adolf Althoff sicher. W. S.

Der italienische Komponist Palestrina

Zur Aufführung der a-cappella-Messe „Assumpta est Mariä“

Giovanni Pierluigi Palestrina, Kapellmeister an versch. röm. Kirchen, vor allem an der Peterskirche in Rom, schrieb insgesamt 93 Messen, bei einer Gesamtzahl von etwa 950 Werken. Der Meister ist vermutlich 1525 in Palestrina, dem alten römischen Praeneste, geboren und ist nach einem wechselvollen, erfüllten Leben in Rom 1594 gestorben.

Sein überaus fruchtbares Schaffen steht vor uns als Zusammenfassung aller damals erreichbaren Ausdrucksformen und Ausdrucksmittel geistlicher Musik, geordnet und neu belebt durch das Genie des Meisters. Das bedeutet sowohl Ausschluß zopfiger Traditionselemente als auch Kultivierung der Schreibweise nach dem Klanglichen, kurz gesagt, es bedeutet: Spätstil.

„Palestrina ist der letzte überragende Vertreter der streng kirchentonartlichen nicht-chromatischen Musik und repräsentiert damit auf dem Gebiete der Musik die Epoche, die uns als Renaissance bekannt ist. In der Person von Palestrina ragt die Renaissance in ähnlicher Weise in die Zeit des Frühbarock hinein, wie etwa Joh. Seb. Bach mit seinen Spätwerken in die Zeit der Vorklassik.

Girolarna Frescobaldi oder Claudio Monteverdi sind uns in ihrer kühnen Chromatik und mit ihrem dramatischen Stil Bekannte aus der erwähnten frühbarocken Zeit. Palestrina verzichtet in seiner Musik nicht auf die klanglichen Reize harmonisch-homophoner Akkordfolgen. Wie wenig aber davon das kontrapunktische Prinzip seiner Schreibweise berührt wird, zeigt der Umstand, daß er bei solchen homophonen Gebilden durch gewandte Behandlung der Einzelstimmen eine subjektive Polyphonik aufrecht erhält.

In der Messe „Assumpta est Mariä“, die der Karlsruher Kammerchor am kommenden Sonntag abend in der Markus-Kirche zur Aufführung bringen wird, bestreitet der Meister die ganze Messe aus einem thematischen Kern, der im Umfange einer Quinte steht. Es ist staunenswert, in welch erlesener Weise die mannigfachen thematischen Abwandlungen des Ur-Themas das Ganze zu einer wundervollen Einheit zusammenschließen. In immer neuen Gestalten spinnt er das Thema durch alle Abschnitte fort.

Das Quint-Thema ist die Grundlage sowohl der speziell-polyphonen, als auch der allgemein-gedanklichen Durchführung. Ein 2tes, mehr homophones Thema kontrastiert zu dem ersten in lebendiger Weise und wird mit ebensolcher Meisterschaft durch die ganze Messe hindurch als Gegensatz verwendet. Der Endstil der Renaissance, wie er sich in Palestrinas Schaffen darstellt, muß zu den ganz großen Ereignissen der Musikgeschichte gerechnet werden.

Mit der Aufführung der a-cappella-Messe „Assumpta est Mariä“ wird der Karlsruher Kammerchor am Sonntag, 20 Uhr, in der Markuskirche dem Publikum die Bekanntschaft mit dem Spätstil der Renaissance durch die Interpretation eines seiner Meisterwerke vermitteln. P. W.

Württembergisch-badisches Sofortprogramm

22 500 Wohnräume für Ausgewiesene

Stuttgart. 22 500 Wohnräume zur Unterbringung der Ausgewiesenen aus den Ostgebieten sollen nach Mitteilung der Pressestelle des Staatsministeriums auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung in Württemberg-Baden in den Monaten September, Oktober und November durch ein Sofortprogramm neben den bisher durch Instandsetzungen gewonnenen Wohnräumen geschaffen werden. Wegen des Mangels an Baustoffen ist an Stelle von Neubauten die Instandsetzung beschädigter Häuser und der Einbau in unbeschädigte Gebäude gewählt worden. Die entstehenden Kosten sollen entweder von den Eigentümern oder von den Landeskreditanstalten durch Darlehen aufgebracht werden.

Für die wichtigsten Baustoffe wird die Anlieferung eines entsprechenden Kohlenkontingents Voraussetzung sein, heißt es in der Mitteilung des württemberg.-badischen Staatsministeriums weiter. Die Bereitstellung des notwendigen Bauholzes erfordert einen Sondereinschlag im neuen Forstwirtschaftsjahr. Das erforderliche Bau-Eisen muß aus der englischen Zone bezogen werden. Die notwendige Verteilung der Wohnungen über das ganze Land ergibt erhebliche Transportaufgaben. Der Mangel an Treibstoff und Reifen zwingt zur weitgehenden Benutzung der Eisenbahn, der es wieder an den notwendigen Waggons fehlt, die kaum für Lebensmitteltransporte ausreichen. Der größte Mangel besteht jedoch an Arbeitskräften, besonders an Facharbeitern.

Außergewöhnliche Maßnahmen müssen zur Sicherung der Durchführung des Sofort-Programms getroffen werden, heißt es weiter. Bauten, die nicht der Wohnraumgewinnung dienen, müssen vorübergehend gedrosselt werden. Das Innenministerium, dem die Durchführung des Programms übertragen wurde, braucht zu diesem Zweck weitgehende Vollmachten, insbesondere baupolizeilicher Art. Bis auf weiteres wird deshalb folgendes angeordnet:

1. Die sofortige Stillegung zunächst aller ohne Genehmigung begonnener Bauten, die Stillegung aller sonstigen Wohnhaus- und Villenbauten und kleingewerblicher Räume mit der Maßgabe, daß, wenn die Wohnungen bis 1. Dezember mit Sicherheit bezogen werden können, die anderen Bauarbeiten dann fortgesetzt werden dürfen. Die gewonnenen Wohnungen sind ausnahmslos von den Wohnungsämtern zu erfassen und mit Flüchtlingsfamilien zu belegen.

2. Die sofortige Stillegung und Einstellung aller nicht lebens- und betriebsnotwendigen Bauten wie Garagen, Nebengebäude, An- und Ausbauten, soweit sie nicht für Flüchtlingswohnungen geeignet sind. Ebenfalls dürfen keine Wohlfahrts- und Kultgebäude mit Ausnahme von Krankenanstalten gebaut werden.

3. Alle Bau-Nebenarbeiten hoch- und tiefbaulicher Art sind auf das dringendste und nötigste zu beschränken. Die bisher gestatteten Reparaturarbeiten unter 1000 RM Gesamtaufwand, wie z. B. Herrichtung innerer Räume, Treppenhäuser, Außenputz, sind ebenfalls einzustellen. Im besonderen gilt dies für sogenannte Schönheitsreparaturen.

4. Für alle diese stillgelegten Bauten werden keine Baumaterialien zugeteilt. Der Erwerb und die Abgabe von Baustoffen aller Art für diese Zwecke ist verboten. Die Annahme und Behandlung von Baugesuchen ist von jetzt bis zum 1. Januar 1947 nicht gestattet. (dana)

Sport am Sonntag

Fußball: Daxlanden — FC Neureut (15.00), Ettlingen geg. Frankonia (15.00), Beiertheim — Rüppurr (15.00).

Schwerathletik: Grötzingen — Kraftsportverein Düsseldorf (15.00), Germ. Karlsruhe — Kraftsportv. Kirrlach (9.30).

Die nordbadische Faustballmeisterschaft wird am Sonntag, den 15. 9., vormittags 10.00 Uhr auf dem Platz des KTSV durchgeführt. Neben alter Meister Sandhofen, Brötzingen und Eutingen sind Rintheim, Büchig, KTSV 46 und MTV beteiligt.

Keglermeisterschaft. Ueber das Wochenende werden die Kämpfe der Stadtmeisterschaft fortgeführt. Bis jetzt führt Schäfer (882 Holz) von Siehl (821) und Gottmann (806).

Handball

Verbandsliga. Forst — Linkenheim, Kirrlach — Beiertheim, Brötzingen — Rintheim, Bulach — Odenheim.

Bezirksklasse, Staffel 3: Malsch — Neureut, Ettlingenweier — FrSpu.Spvg. Khe., Grötzingen — Rüppurr, KTSV 46 gegen Daxlanden. Staffel 4: Pforzheim — Spöck, Bretten gegen Friedrichstal, Wiesental — Neuthard, Bruchsal gegen Kronau.

Kreisklasse, Staffel 1: Forchheim — Knielingen, Bruchhausen — D.-Aue, ASV Durlach — Mörsch, Mühlburg gegen FrSpu.Spvg. Bulach, Langensteinbach — MTV. Staffel 2: Berghausen — Söllingen, Jöhlingen — Eggenstein, Staffort — Graben, Hochstetten — Wössingen.

Frauen, Staffel 1: Phönix—FrSpuSpvg. Khe., KTSV 46 gegen Daxlanden, Grötzingen — Rüppurr. Staffel 2: Mühlburg gegen Fr.T. Bulach, ASV Durlach — Beiertheim, TSV. Bulach — Knielingen, MTV — Grünwinkel. Staffel 3: Staffort — Graben, Hochstetten — Wössingen, Liedolsheim gegen Linkenheim, Leopoldshafen — Eggenstein, Rußheim gegen Blankenloch.

Gründungsversammlung Rad- und Kraftfahrerbund Karlsruhe. Alle ehemaligen Mitglieder treffen sich Sonntag, 15. Sept., vormittags 9.30 Uhr „Unter den Linden“, Kaiserallee 71.

Radioprogramm

Stuttgarter Sender

Sonntag, 15. Sept.: 8.45—9.15 Für uns. Werktätigen. 9.15 bis 10.00 Kammermusik, Liederstunde. 10.00—10.30 Freikirche. 10.30—11.00 Orgelkonzert, Tabernakel-Chor. 11.00 bis 11.30 Gottesdienst, evangelisch. 11.30—12.00 Fragen, die alle angehen. 12.15—12.30 Aus neuem Geist. 13.30 bis 14.00 Schwäbische Heimat. 14.00—15.00 Kinderstunde. 15.00—17.30 Musik, Uebertragung des Fußball-Städtespiels Stuttgart — München. 17.30—19.00 Schauspieler-Ensemble. 19.00—20.00 Ewige Musik. 20.15—20.30 Der Kritiker. 21.00 bis 22.00 Symphonie-Konzert. 22.15—22.30 Pressestimmen.

Montag, 16. Sept.: 10.00—10.30 Geschichtsunterricht. 11.45—12.00 Haus und Heim. 13.30—13.45 Am Flügel: Lydia Bechtold 15.00—15.15 Neue Bücher. 18.30—19.00 Wir stellen vor. 19.00—19.15 Sport. 21.00—22.00 Viele Völker — eine Welt. 22.30—23.00 Konzert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der durchschaute Mensch / *50 Jahre Röntgenstrahlen in der Medizin*

In diesem Jahr ist ein halbes Jahrhundert verflossen, seitdem im Eppendorfer Krankenhaus bei Hamburg ein Röntgenlaboratorium eingerichtet und damit zum ersten Male in der Welt die große Entdeckung Konrad Röntgens zum Segen der leidenden Menschheit praktisch Anwendung gefunden hat. Im Dezember 1895 hatte Röntgen in der Physikalisch-medizinischen Gesellschaft zu Würzburg unter dem bescheidenen Titel: „Ueber eine neue Art von Strahlen" über die von ihm aufgefundenen und von ihm so genannten X-Strahlen berichtet. Anfang 1896 konnte er weitere Forschungsergebnisse bekannt geben, die bereits alle wesentlichen Tatsachen über die neuen Strahlen enthielten. Rasch bemächtigte sich die Medizin dieser Entdeckung, die ihr erstmalig die Möglichkeit verschaffte, Einblick in den menschlichen Körper zu gewinnen.

In diesen ersten Jahren der medizinischen Anwendung der Röntgenstrahlen konnte man hauptsächlich metallische Fremdkörper wie verschluckte Münzen, Steckgeschosse und dergleichen, aber auch gewisse natürliche Bildungen wie Blasen- und Nierensteine auf der Platte festhalten; auch Knochen und Gelenke waren darstellbar, jedoch noch ohne größere Bildschärfe. Acht Jahre später gelang es dann durch Anwendung eines „künstlichen Kontrastmittels", das heißt eines Breies, der im Röntgenbild Schatten liefert, die sonst nicht im Röntgenbild sichtbaren Hohlorgane des Körpers, besonders den Magen- und Darmkanal, auf der Röntgenplatte sichtbar zu machen. Damit eroberten sich die Röntgenstrahlen ein weiteres, umfangreiches Anwendungsgebiet, und gerade dieser Erfolg war es, der ihnen in breiteren Aerztekreisen die Anerkennung brachte, die ihnen bis dahin versagt geblieben war. Im ersten Weltkrieg fanden sie bei allen Nationen zur Erkennung von Schußverletzungen Anwendung.

Schon 1906 war es gelungen, die Niere mit Kontrastmitteln sichtbar zu machen. 1923 konnten erstmalig auch die Luftwege, 1924 Gallenblase und periphere Blutgefäße, 1928 der Rückenmarkskanal und die Hirnhöhlen, 1931 die Schlagadern im Röntgenbild dargestellt werden. Nachdem noch Spezialverfahren wie die Röntgenkörperschichtaufnahme und das Röntgen-Bewegungsbild hinzugekommen waren, hatte sich die medizinische Wissenschaft die neuen Strahlen weitgehend für ihre Zwecke dienstbar gemacht. Vieles dazu trug auch die rein technische Entwicklung bei, die immer wirksamere Röntgenröhren und Hochspannungsgeräte schuf und auch die Leuchtschirme und das photographische Aufnahmematerial ständig verbessern konnte.

Aber die geheimnisvollen Strahlen hatten schon frühzeitig noch eine ganz andere Seite ihres Wesens erkennen lassen. Sie zeigten eine ganz bestimmte Wirkung auf die Gewebe des menschlichen Körpers. Diese trat zuerst bei Erkrankungen der Haut, dann bei vielen Arten von entzündlichen Erkrankungen zutage und äußerte sich in einer heilungfördernden Wirkung. 1910 fand man, daß sie besonders auf die Keimdrüsen einwirken und ein unübertreffliches Mittel zur Stillung von weiblichen Blutungen sind. Am wichtigsten aber wurde die Bestrahlung bösartiger Geschwülste. Bereits 1899 gelang es einem schwedischen Arzt, einen Fall von Nasenkrebs mit Röntgenstrahlen zu heilen. 1904 konnte der erste Fall von Lippenkrebs auf gleichem Wege geheilt werden. 1920 berichteten deutsche Forscher über mehrere Fälle von Unterleibskrebs, die nach Röntgenbestrahlung eine mehrjährige Heilung aufwiesen. 1927 waren allein in der Berliner Frauenklinik mehrere hundert Fälle derartiger Heilungen registriert.

Leider können die Röntgenstrahlen nicht nur heilende, sondern auch schädigende und zerstörende Wirkungen auf die Gewebe ausüben, wie es gerade die ersten Röntgenärzte, denen diese Folgen noch unbekannt waren und die sich daher ungeschützt den Strahlen aussetzten, vielfach am eigenen Leibe erfahren mußten. Hautausschläge und Geschwüre stellten sich ein, die die Disposition der Krebsbildung schufen und aus denen sich, wenn sie chronisch wurden, vielfach Krebs entwickelte. Jene Pioniere der medizinischen Röntgentechnik wurden dadurch zu Opfern eines Fortschritts, der sich so segensreich wie kaum ein anderer für die gesamte Menschheit auswirkte und noch auswirkt. Denn die Röntgenforschung ist noch keineswegs am Ende ihrer biologischen Erkenntnisse angelangt, sondern steht im Begriffe, auf vielen Gebieten, insbesondere in der Beeinflussung der Keimzellen durch die Strahlen, die zu neuen wertvollen Einblicken in das Verhalten der lebendigen Substanz und damit zu neuer Kunde vom Leben selbst vorzustoßen.

Dr. J. Hausen.

Der Separatismus blüht

Zu den separatistischen Bewegungen im Norden und im Westen Deutschlands gesellen sich seit neuestem autonomistische Bestrebungen im Süden mit dem Ziel, einen Staat „Alpenland" zu konstituieren, ein Zusammenschluß der Schweiz, Oesterreichs und Teile von Württemberg, Bayern und Baden. Es klingt unglaublich, aber im Kreis Singen und Konstanz wird dieser Plan offen und versteckt propagiert, eine Broschüre „Alpenland" ist erschienen, und ein Aufruf des Präsidenten Dr. Dietrich ist erlassen worden. Mit diesem Aufruf beschäftigt sich nachfolgende Glosse in Form eines Briefes an den „Präsidenten":

Hochverehrter Herr Präsident Dr. Dietrich!

Mit Ihrem Aufruf an die Bevölkerung der Heimat bin au i gmeint, denn i und meine Ahne schtupfe scho seit e paar hundert Johr Herdepfel in de Gegend um de Hohekrähe. Gott sei Dank, daß des die Fremde nix agoth, so brauch i au it hochdeitsch schreibe. Domit isch denn scho der Afang für die Verwirklichung vo Ihrem Proramm gmacht. Denn wenn mir konsekwent bloß no unsern Dialekt schwätze und schreibe, dann haue die meischte Norddeutsche scho vo selber ab.

Mit heller Begeischterung hab i in de Zeitung glese, daß mir endlich unsern eigne Staat kriege solle, und daß Sie uns „aus der Einflußsphäre der Preußen befreien" wolle. Ich hab jo neulich scho die Broschier „Alpenland" von Ihne glese. Also de neue Schtaat soll vo Wien bis Genf gehe. Sauber und glatt, i hab nämlich in beide Städt Erbtantene. Daß Sie auf friedliche Art und Weis die Eingmeindung der Schweiz bewerkstellige — was it emol dem Hitler glunge ischt — beweist, daß Sie noch größre Führerkwalidäte habe. „Heil Dietrich!" Und wie i mi eh auf d' Oestreicher freu! Die brauche uns notwendig wies täglich Brot, bsonders wenn d' Unrra die Lebensmittel-Lieferungen eistellt. Und die schäne Uniforme mit de „Chäppi", die scho unsrer SA selig als Vorbild dient habe, könne mir denn für unsre neue Polizei verwende.

Und denn vor allem: Nix wie los von de Preuße. Die habe bei de Parademärsch beim Führersgeburtstag immer ihre Fieß en halbe Zoll höher hebe kenne, wenn mir uns au noch so angstrengt habe. Und dann au wege unserm schwäbisch-badisch-bajuwarische Adel, der, wenn die Bodereform-Seuch vom Norde und Oschte herkäm, plötzlich am End no schaffe müßt. Das habe die nit verdient, die erlauchthe Herre, die niemand was z'Leid tue habe, au dem Hitler und de SS it.

Nu möcht i au vo mir auch noch a paar praktische Vorschläg mache. Erschtens: Nachdem die Schnapspreuße rausgschmisse werde solle, wird die Ahneforschung, die scho fascht bankrott war, wieder in Blüte komme. I schlag daher unsern bewährte Sippenforscher Ludwig Finkh, der die Sach im dritte Reich so wunderbar gmacht hat, zum Chef der „nordischen Säuberung" (um dem Kind glei en Name zu gebe) vor.

Zweitens, stell i no der Antrag auf Eingmeindung von Lichtestein, da die bsonders schäne Briefmarke habe, die in de ganze Welt gsammelt werde und daher vorteilhaft unser Büdschet finanzieren.

Drittens: Da wir in unserem badisch-schwäbisch-bayrisch-alpeländisch-tirolisch-thurgauisch-bernische Raum so viel Dialekte spreche, daß mir anander kaum verstehe könne, schlag i die Errichtung einer „Deutschen Sprachschule" (aber jo nit norddeutschen) vor, wo die Gmeindemänner, Schulzen, Ratschreiber usw. a einheitliche Verwaltungssprach lerne.

Viertens: Mir könnte e „Kommissariat für norddeutsche Reparationen" eisetze, wo die Forderungen an die nausgschmissene Evakuierte und die viele Feriengäscht eintreibt.

Fünftens und letschtens: Wir wärs mit einem König? I hab do neulich i de Zeitung glese, daß dem Wilhelm dem Letschte sei Sohn, unser gueter früherer Kronprinz, irgendwo im Hohenzollerische Stellung- und fascht mittellos auf einem vo seine Schlösser hocke soll. Der wer bestimmt billig zu kriege und der wär uns au dankbar, wo doch die Königshäuser gar nimmer hoh im Kurs sind. Der hot's Kaiserreich, d'Republik und d'Nazi überstande, der wird au uns no beistehe.

So, des wär für heut gnug. Sage Sie bitte dene sechs Doctore, die Ihren Bericht mitunterschriebe habe (auf den Hutmacher, der als einziger „Nichtakademiker" auf de List stoht, hättet ihr au verzichte kenne), daß i immer gern mit studierte Herre verkehr. Die sind immer so schovial zu uns Landleut, bsonders seits mit dem Hitler de Bach nunter gange ischt und seits nimme viel z'esse gibt. I halt mir zwar au für schlau, aber auf den Gedanke wär i doch it komme, daß mir durch die Bildung von so einem Heimatstaat uns vo de ganze Verantwortung, die uns d'Hitlerepoch und de Krieg aufghalst hat, so prima drucke könne. Die Norddeutsche solle sehe, wie sie mit dem Flüchtlingsproblem fertig werde und wie sie den Aufbau vo de zerstörte Städt bewerkstellige. Schicke Sie mir bitte Ihre Statute und den Aufnahmeschei.

Mit heimatgebundenem Gottvertrauen

Josef Wurzelmaier, genannt Wurzelsepp.

Dr. B.

Der Überfall

Von Frank Linder

Endlich wieder frische Luft. Sie steht vor dem Nachtlokal. Der Besuch hat sich gelohnt. Drinnen hat sie die Männer ihres Landes mit deutschen Mädchen tanzen sehen, es war etwas Fröhliches dabei, keine „Tanz-auf-dem-Vulkan"-Atmosphäre, wie andere englische Journalistinnen behauptet hatten. Der fette Mann am Nebentisch hatte ihr eine gute Idee gegeben. Jetzt schnell zurück ins Hotel, um alles aufzuschreiben. Sie zündete ihre Zigarette an und marschierte mit langen, gesunden Schritten durch die nachtleeren Berliner Straßen.

Wenn sie diesen fetten Mann, wie sie ihn beobachtet hatte, in ihre Kriminalstory richtig hineinmalte, wird ihre Londoner Zeitung zufrieden sein. Er war sicher irgendein Balkanese. Er schmatzte. Zweihundert Mark hatte er im Lokal für einen Fliederzweig bezahlt und dann einer violett bemalten Edeldame geschenkt. Sie unterbrach ihre Gedanken, denn plötzlich waren Schritte hinter ihr, jemand hält mit ihr Schritt. Sie dreht sich um, es ist ein Mann. Sie geht auf die andere Straßenseite und er folgt ihr. Sie sind allein, geht sie schneller, geht auch der Verfolger schneller, aber Angst darf nicht sein. Sie ist in Uniform und wer steigt schon einer solchen Frau nach. Gewiß, sie ist nicht häßlich; aber sie weiß, deutsche Mädchen in ihren leichten Frühlingskleidern sind zehnmal anziehender. Oder will er etwas ganz anderes? Wird sie doch beobachtet? Ihr Besuch morgens im Polizeipräsidium bei dem deutschen Kriminalrat. — ist das falsch verstanden worden?

Sie hatte den Kriminalrat nur um Material gebeten und er hatte gerade einen spannenden Fall. Acht Paß-Bildchen lagen auf seinem Tisch. „Dies alte Tier hier", hatte er gesagt und auf eines der Bilder gezeigt, — heißt Frau Schmollies. Das ist die Anstifterin. Und diese drei hier, der, und der und der" — und er legte drei Fotos neben Frau Schmollies. — „die haben für sie die Einbrüche getätigt. Dieser Spanier und dieses Viech hier, das sind die Hehler!" Der Kriminalrat hatte das knapp und klar vorgetragen. Sie hatte sein Deutsch gut verstehen können und sich Notizen gemacht für ihre Reportage. „Dies kleine Mädchen hier" — hat der Beamte schließlich weiter erzählt und das Paßfoto einer hübschen Blondine wie eine Karte beim Patience-Spiel auf den Tisch geklappt. — „die wollte die anderen verpfeifen, weil sie den versprochenen Pelz nicht kriegte. Und da hat die Schmollies diesen Kerl hier losgeschickt". — der Kriminalrat legte eine achte Karte auf den Tisch — „ein gewisser Giesecke. — völlig harmlos sieht der Mann aus" — sagte der Kriminalrat und fügte mit sardonischem Lächeln hinzu. — „und doch hat er das Mädchen dann zwischen den Ruinen für ewig stumm gemacht!"

Sie dreht sich um, der Mann hinter ihr ist auf zehn Schritt heran. Auch sieht er völlig harmlos aus, und alles um sie ist stumm bis auf ihren Schritt und den Gleichschritt des Verfolgers. Nirgends ein Mensch. Kein Polizist, keine Soldaten. Hätte sie sich doch von dem angetrunkenen kleinen Sergeanten begleiten lassen. Auf keinen Fall jetzt zurück oder stehen bleiben. Bis zum Hotel können es vielleicht noch 400 Meter sein. Das letzte Mal auf der Sanddown Aschenbahn ist sie 400 Meter in 68 Sekunden gelaufen. Also los. Die Zigarette fliegt in hohem Bogen auf den Fahrdamm. Sie setzt zum Spurt an. Vorher dreht sie sich noch einmal um. Der Mann hinter ihr springt in zwei Sätzen auf den Fahrdamm, bückt sich, dann geht er mit langsamen Schritten zurück, die ersten Rauchwolken tief aus seiner Lunge stoßend.

Um die Kreisausstellung Lindau

Kulturelle Veranstaltungen

Als Begleitung ihrer Kreisausstellung vom 14. Sept. bis 6. Oktober veranstaltet die Stadt Lindau eine Reihe von kulturellen Aufführungen, deren Art und Aufbau vollste Beachtung verdienen. Sie bringt unter bewußtem Verzicht auf Konkurrenz mit größeren kulturellen Zentren sozusagen für jeden etwas. Darbietungen auf möglichst hohem Niveau sollen die Mittlerstellung des Kreises Lindau zwischen Deutschland, speziell Süddeutschland, der Schweiz, Oesterreich und Frankreich zur Geltung bringen. Die Zusammensetzung des Programms ist daher keine Zufälligkeit; sie dient ausschließlich dem genannten Zweck.

Oper, Konzert und Operette, Schauspiel und Dichterlesung wechseln mit Modenschauen, Sportveranstaltungen wie Stapellauf, Schwimmen, Kunstspringen, Kanuwettfahrt und Fischerstechen und einer Rad-Sternfahrt ab.

Aus der Fülle des Gebotenen ragen besonders hervor die am 14., dem Tage der feierlichen Eröffnung der Ausstellung, stattfindende Festvorstellung der Städt. Oper Augsburg mit „Figaros Hochzeit" von Mozart im Stadttheater, der durch die Städt. Oper Ulm am Dienstag, 1. Okt. zur Aufführung kommende „Barbier von Sevilla" von Rossini, das am Samstag, 21. September, geplante Orchesterkonzert des Münchener Kammerorchesters unter Leitung von Lutz Helger mit Werken von Mozart und Beethoven, das Festkonzert des Lindauer Kammerorchesters am Mittwoch, [illegible] Sept., Dirigent W. Muellenberg, das „Unbekannte schöne Musik des 18. Jahrhunderts" spielen wird, ein am 5. Oktober stattfindendes Festkonzert Lindauer Komponisten, das Orchesterkonzert der Städt. Bühne Ulm, am Sonntag, 6. Okt., das Werke von Mozart, Schubert und Brahms bringt unter Mitwirkung des Solisten Hans Priegnitz, Berlin, Klavier, am Freitag, 27. Sept., ein Klavierabend mit Frederic Ogouse, Paris, einem der besten Chopin-Interpreten Frankreichs, mit Werken des Meisters, eine festliche Kammermusik des Freund-Quartetts, München, mit Werken von Ravel, Mozart und Schubert am Montag, 30. Sept., ein Klavierabend am Freitag, 4. Okt., mit Udo Dammert, Abrahams Operette „Die Blume von Hawai" am Sonntag, 29. Sept., eine Festvorstellung der Neuen Musikbühne Augsburg, das Gastspiel von Schweizer Schauspielern mit Hebbels „Gyges und sein Ring" am [illegible] Sept., die Festvorstellung des Stadttheaters Memmingen, die Lessings „Nathan der Weise" bringt, Grillparzers „Sappho" mit dem Ensemble des Hohenzollernschen Landestheaters Sigmaringen am Donnerstag, 26. Sept., die Städt. Bühne Ulm mit Jean Anouilhs „Antigone" am Samstag, 28. Sept., sowie ein Westallgäuer Heimatabend, ausgeführt von den Heimat- und Trachtenvereinen Weiler, Scheidegg und Heimenkirch.

Die Stadt Lindau bringt hiermit keine Kulturwoche im üblichen Sinne, sondern eine kulturelle Leistungsschau, die in Verbindung mit der Kreisausstellung durch ihr abwechslungsreiches Programm einen besonderen Anziehungspunkt darstellen wird. —t.

Kulturnotizen

Eröffnung der Radiosendestelle Heidelberg

Die Heidelberger Sendestelle des Senders Radio Stuttgart, die sich in dem früheren Hotel „Prinz Max" befindet, wird am Samstag, den 14. September mit einem festlichen Programm eröffnet. Im Rahmen dieser musikalischen Morgenfeier, die im Heidelberger Stadttheater stattfindet, werden fünf Kapellmeister dirigieren, und zwar Generalmusikdirektor Otto Matzerath-Karlsruhe, Generalmusikdirektor Dr. Gustav Kosslik-Stuttgart, Musikdirektor Dr. Fritz Henn-Heidelberg, Kapellmeister Richard Laugs-Mannheim und Kapellmeister Unkel-Stuttgart. Zur Eröffnung sprechen Cpt. Fred G. Taylor-Stuttgart, Chief of Radio Branch, der stellvertretende badische Ministerpräsident Dr. h. c. Heinrich Köhler und Colonel Morris Edwards.

Die Rhein-Mainische Landesbühne Frankfurt-Main veranstaltet anläßlich ihres 40jährigen Bestehens ein Preisausschreiben zur Erlangung eines Theaterstückes, dessen Problemstellung, sei es in historischem oder modernem Gewande, einen Weg aus der Not unserer Zeit zeigt. Vier Preise in Höhe von RM 7000.— sind ausgesetzt; letzter Einsendetermin 31. Dez. 46. Näheres durch: Rhein-Mainische Landesbühne, Frankfurt-M., Friedbergerstraße 18.

„Meisterwerke mittelalterlicher Kunst in Baden", die vielbesuchte Ausstellung in Freiburg ist bis 30. September verlängert.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - [illegible] Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gottesdienste

Katholische Gottesdienste. Sonntag, den 15. September 1946. St. Stephan: Agneshaus (Hirschstr. 35b) 6, 7, 9, 10.15 und 11.30 U. **Christuskirche:** 8 U. Adlerstr. 26: 8 und 10.15 U. **U. L. Frau:** 6, 6.45, 7.45, 9, 10 u. 11.30 Uhr in der „Wallhalla" (Augartenstr. 27). **St. Bernhard:** 6, 7.30, 8.30, 9.30, 11.30 Uhr. **St. Bonifatiuskirche:** 7, 8, 9, 10, 11.15 Uhr. **Herz-Jesu-Kirche:** (Grenadierstr. 17) 9 Uhr. **St. Elisabeth:** 6.30, 7.30 Uhr in der Matthäuskirche (Vorholzstr. 47); 10 Uhr Beiertheim. **Mühlburg:** 7 Uhr Herz-Jesu-Stift (Peter u. Paulsplatz 5); 8 u. 9.30 Uhr „Rheingold" (Rheinstr. 77). **Beiertheim:** 6.30, 7.30, 8.45, 10, 11.15 Uhr. **Weiherfeld-Dammerstock:** 6, 7.30, 9.30, 11 Uhr. **Bulach:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Rüppurr:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Daxlanden:** 7, 8, 9.30 Uhr. **Grünwinkel:** 7.30, 9.30 Uhr. **Knielingen:** 8.30 Uhr. **Eggenstein:** 10.30 Uhr. **St. Konrad** (jetzt Ludendorffstr. 18): 8, 10 Uhr. **Rintheim:** 7.30, 9.15 Uhr. **Durlach:** 7, 9, 10.30 Uhr; **Hohenwettersbach:** 9 Uhr. **Grötzingen:** 7, 9 Uhr.

Alt-kathol. Gemeinde: 9.30, Amt m. Predigt. Kriegsstr. 86.

Evang. Gottesd. Sa., 14. Sept.: Matthäuskirche: 20 Uhr Wochenschlußfeier. **Sonntag, 15. September, 13. S. n. Tr. Tag d. Inn. Mission. Karlsr. Daxlanden:** 8.30 Uhr Wenzel. **Albpfarrei:** 9.30 Uhr Wenzel. **Geibelst. 5:** 8 u. 9.30 Schmitt. **Markuskirche:** 9.30 Löffler. **Christuskirche:** 10 Uhr Schlink; 20 Uhr Schluß der Evang. Woche: Professor Schlink. **Matthäuskirche:** 10 Uhr Dreher. **Weiherfeld:** 8 Uhr Dreher. **Wilhelmstr. 14:** 8 und 9.30 Uhr Mondon. **Luisenstr. Nr. 53:** 8 und 9.30 Uhr Hauß. **Haizingerstr.:** 8 und 9.30 Uhr Feßler. **Rintheim:** 14 Uhr Feßler. **Hagsfeld:** 9.30 Uhr Steinmann. **Rüppurr:** 9.30 Uhr Schulz. **Städt. Krankenhaus:** 9.45 Uhr Wieland.

Erste Kirche Christi, Wissenschafter, Karlsruhe, Richard-Wagner-Str. 11. Gottesdienst: Jeden Sonntag, 10 Uhr; jeden Mittwoch, 7 Uhr.

Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage. Sonntagsschule 10 Uhr, Predigt 11 Uhr, Mittwoch 19.30 G.F.V. Im großen Sitzungssaal der Reichspostdirektion, Ettlinger Tor, 3. Stock.

Familien-Nachrichten

Louis Bauer, langj. Geschäftsführer der „Holzindustrie Bruchsal, m. gel. Mann u. gt. treus. Vater, starb am 12. 8. 46, 69 J. alt. In t. Trauer: Elisabeth Bauer geb. Brehmer u. alle Angehörigen. Ffm.-Höchst, Gerlachstr. 15.

Rolf Hellriegel, unser lb. Kind, ist am 11. 9. 46 von uns gegangen. In tiefem Schmerz: Familie Hellriegel, Blankenloch.

Ferdinand Klein, Obersteuerinsp., mein lb. Mann, ist am 30. 8. 1946 verstorben. Für die vielen Beweise herzl. Anteilnahme sage ich herzlichen Dank. Elisabeth Klein, Witwe, Bruchsal, Huttenstraße 56.

Luise Lemle geb. Grombacher, meine liebe, gute Tochter u. Tante, ist am 8. 9. unerwartet von uns gegangen. Für erw. Teilnahme herzl. Dank. Im Namen der tr. Hinterblieb.: Leopold Grombacher, Khe., Scheffelstr. 55.

Albert Armbruster, Krim.-Anw., uns. lb. Sohn, Bruder u. Bräutig., ist n. schw. Krankh. v. uns geg. Beerd.: Sa., 11 Uhr. In tief. Trauer: Emil Armbruster u. Frau Lydia, Marienstr. 4, Fritz Armbruster, Braut: Ruth Straub.

Lina Schuster geb. Schenkel, uns. lb. Tante entschl. am 11. 9. 1946 nach kurz. Krankh. Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen: August Schenkel. Die Beerdigung findet am Samstag, den 14. 9. 46, 9.30 Uhr, statt.

Ilse Köninger geb. Herzner, meine lb. Frau, Mutter, Tochter, Schwester, Nichte versch. nach kurz. schw. Krankheit a. 12. 9. 46 i. A. v. 22 J. Beerd.: 14. 9., 10.30 Uhr. Im Nam. all. tr. Hinterbl.: Frz. Köninger u. Klein-Ursula.

Ihre Verlobung geben bekannt: Burga Lauterbach — Otto Dieter. Karlsruhe, Sophienstraße 10.

Als Verlobte grüßen: Trudl Hagenbucher, Khe.-Knielingen, Schultheißenst. 19 - Siegfr. Frey, Bahnbrücken, Langest. 16.

Als Verlobte grüßen: Anny Schäufele, Durlacher Allee 58 — Doni Pipps, Indiana/Amerika. Khe., 2. 9. 1946.

Ihre Vermählung geben bekannt: Alois Gruber — Elisabeth Gruber geb. Spinner. Bruchsal, den 12. 9. 46. Talstr. 8.

Ihre Vermählung geben bekannt: Rudi Armbrust und Frau Anny geb. Kritzer. Ettlingen Gutleuthausstraße Nr. 12. 14. September 1946.

Wir beginnen unseren gemeinsamen Lebensweg: Heiner Ehniß — Trudel Ehniß geb. Zeh. 14. 9. 46. Karlsruhe-Durlach, Auerstr. 29. Trauung: 12 Uhr, Lutherkirche.

Am 14. 9. beginnen wir unseren gemeinsamen Lebensweg: Albert Schütz, Techn. Zeichner — Ilse Schütz verw. Hämmerle geb. Zimmermann. Khe., 14 9. 46. Haizingerst. 12.

Veranstaltungen

Pali, Herrenstr. 11 (Tel. 2502) zeigt vom 6. bis 20. Sept.: „Mit den Augen der Liebe", ein Problemfilm mit Dorothy Mc. Guire u. Robert Young. Täglich 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Achtung: Samstag und Sonntag Spätvorstellung. Beginn 22.15 Uhr. Benützen Sie bitte den Vorverkauf von 10.00—12.00 Uhr.

Gloria-Palast, Rondellplatz. Bis einschließlich 26. September: „Mutige Frauen" mit Claudette Colbert, Veronika Lake, Paulette Goddard u. George Reeves. Schicksale zwischen Pflicht und Liebe. Beginn: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Achtung! Heute Samstag und morgen Sonntag Spätvorstellung. Beginn: 22.15 Uhr. Vorverkauf von 10—12 Uhr.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Tom, Dick und Harry", 3 Männer lieben eine Frau. Ein Lustspiel mit Ginger Rogers. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13.30 Uhr.

Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283, Wo. 13, 15 und Spätvorstellung 22.15 Uhr. So.: 11, 13, 15 und Spätvorstellung 22.15 Uhr. Das unvergeßliche Filmwerk „Roman einer Tänzerin" mit Loretta Young und Conrad Veidt. Kasse mit Vorverkauf 12—17 Uhr und ab 22.00 Uhr. Sonntags ab 10 Uhr und ab 22 Uhr. Jugendliche zugelassen. Kundendienst: Tel. Kartenvorbestellungen.

Metropol, K.-Weiherfeld, Neckarstr. 32, Ruf 951: Die zarte Geschichte einer großen Frauenliebe. „Echo der Jugend". Täglich 15.00, 17.30, 20.00 Uhr.

M.-T. in K.-Durlach, Ruf 864: Der große Aerztefilm: „Dr. Ehrlich" mit Edw. Robinson und Albert Bassermann. Regie: Wilh. Dieterle. Beginn: 3.15, 5.30, 8.00 Uhr. Sonntags auch 1.15 Uhr.

Kali in K.-Durlach, Ruf 675: „Der Teufelsbauer". Die Geschichte eines Bauern, der seine Seele dem Teufel verschreibt. Regie: W. Dieterle. Beginn: 3.45, 6.00, 8.30 Uhr. Sonntags auch 1.30 Uhr.

Skala in Khe.-Durlach, Pfinztalstr. 92a, Ruf 180. Täglich 16.00, 18.15 und 20.30, So. 13.45, 16.00, 18.15 und 20.30: „Die Lebensgeschichte Dr. Ehrlichs". Das interessante Leben eines großen Forschers. Jugendliche zugelassen. Vorverkauf an der Tageskasse. Kundendienst: Tel. Kartenvorbestellungen.

Uli Ettlingen, Heute bis Donnerstag „Goldrausch" mit Charlie Chaplin. Eine Tragikomödie. Täglich 7.30 Uhr, Sa. 5.00, 7.30 Uhr. So. 2.30, 5.00, 7.30 Uhr.

Konzert-Café „Grüner Baum" am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Tel. 7448. Jeden Nachm. u. Abend Konzert. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Tanz. Montags Betriebsruhe. Es spielt die Kapelle Hans Zelland mit seinen Solisten.

Cabarett Just, Klein-Kunstbühne, Kaiserstr. 91. Vorstellungen täglich 20 Uhr. Sonntags 16 und 20 Uhr. Montags Betriebsruhe. Neues Programm: „Lachpillen" mit Adi Walz und anderen Künstlern. Vorverkauf 11—13 Uhr im Lokal. — Gastst. geöffnet. Mittag- u. Abendessen-Ausg.

Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- u. Hebelstraße. Ab 16. September neues Programm mit Mimi Thoma, eine Stimme, die jeder kennt. Täglich abends 19.30, Kabarett. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 16.00 und 19.30 Uhr, Kabarett und Tanz. An den übrig. Nachm. 16 Uhr Konzert. Vorverkauf von 11—13 Uhr.

Passage-Palast-Betriebe, Varieté, Passage 20—26. Täglich 20 Uhr und außerdem Mittwoch, Samstag und Sonntag, 16 Uhr, Varieté-Vorstellung. Kinder unter 14 Jahren zu den Nachmittagsvorstellungen halbe Preise. Vorverkauf täglich 11—13 Uhr, Kassenöffnung 1 Stunde vor Beginn jeder Vorstellung. Telefon 4742.

Circus Adolf Althoff, Karlsruhe, auf dem Gelände an der Markthalle täglich abends 19 Uhr mit einem Programm, wie es die Großstadt verlangt, u. a. Althoffs große Elefanten-Revue, Arabertruppe, herrliche Massen-Dressuren, Kugelläuferinnen, Akrobaten, Gymnastiker, die besten Clowns und Circuskomiker. Für jeden etwas. Nachmittagsvorstellungen finden nur Mittwochs, Samstag u. Sonntag, nachm. 15 Uhr, statt. In den Nachmittagsvorstellungen zahlen Kinder unter 12 Jahren halbe Eintrittspreise. Vorverkauf bei Bekir, Zeitungs-Großvertrieb, und an den Circuskassen ab 9.30 Uhr bis 20 Uhr ununterbrochen.

Große Rassehunde-Ausstellung Karlsruhe am Sonntag, den 29. September 1946. Anmeldung von Rassehunden bis zum 20. September an die Geschäftsstelle, Karlsruhe, Amalienstraße 7, erbeten.

Bad. Konservatorium — Hochschule für Musik. II. Veranstaltung zur Pflege zeitgenössischer Kunst. Frau Kronberger-Frentzen, Mannheim, spricht mit Lichtbildern über „Käthe Kollwitz". Samstag, den 14. September, 18 Uhr, im Orgelsaal d. Hochschule für Musik, Jahnstr. 18. Karten zu 3 RM im Kunsthaus Büchle und an der Abendkasse.

Adventhaus-Saal, Kriegsstr. 84: Sonntag, 20 Uhr, Vortrag: „Herolde der Weltvollendung". Freier Eintritt.

Gastspieldirektion Heinz Hoffmeister

Sternschnuppen, ein Meisterabend froher Unterhaltung der Gastspielbühne „Die Komödianten", am Dienstag, 17., u. Mittwoch, 18. Sept., 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal. Eine beschwingte Schau von Funk, Bühne, Film; „Frischgemüse m. Noten", von Per Schwenzen, angerichtet von Rudolf Koch-Riehl. Karten zu RM 2.— bis 6.— im Kunsthaus Büchle, Ludwigsplatz; Germania-Kiosk, Ettlinger Tor; Pianolager Maurer, Kaiserstr. 287, und an der Abendkasse.

Konzertdirektion Kurt Neufeldt

Klavierabend Hans Priegnitz (Berlin). Heute Samstag, 14. 9., 19 Uhr, im Munzsaal. Bach: Präl. u. Fuge es-moll. Mozart: Sonate A-dur (m. d. türk. Marsch). Beethoven: Sonate Pathétique. Schumann: Kinderszenen. Casella: Pezzi infantili (Kinderstücke). Debussy: 5 Stücke. Karten von 3 bis 6 RM bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83 u. Germania-Kiosk.

„Deutscher Humor": Else Wagner u. Mario Turra (Heidelberg) bringen morgen Sonntag, 15. 9., 19 Uhr, im Munzsaal Minne- u. Spielmannsweisen zur Laute, Volksweisen und Pfälzer Mundart. Prosa u. Gedichte von Kleist, Reuter, Busch, Thoma u. a. Motto: „Bedenkt — der Mensch ist so gemacht, daß er sich hilft, indem er lacht" (Wilhelm Busch). Karten von 1.50—3.00 RM bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83, Germania-Kiosk, sowie am Sonntag ab 18 Uhr an der Saalkasse, Waldstraße 79.

„Stimmen der Völker in Versen" bringt Doris Volhard (München) Montag, 16. Sept., 19 Uhr, im Munz-Saal. Deutsche Dichtung: Goethe, Keller, Rilke, Hoffmannsthal u. a. Uebertragungen: Villon, Puschkin, Leopardi, Wilde, Verhaeren u. a. Karten zu 1.10, 2.20 und 3.30 bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 83, Germania-Kiosk u. Abendkasse.

Mozart's 18 Violin-Sonaten spielen an 4 Mittwoch-Nachmittagen (17 bis 18.30 Uhr) Erwin Grosse (Klavier), Karl-Heinz Schultz-Hauser (Violine), 18. Sept., 16. Okt., 13. Nov., 11. Dez. Platzmieten zu 11.—, 8.80 und 6.60 RM. Einzelkarten zu 4.40, 3.30 und 2.20 bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 83, am Germania-Kiosk nur Einzelkarten.

Lieder- u. Arienabend Elisabeth Brunner, Sopran (Heidelberg), Freitag, 20. Sept., 19 Uhr, Munz-Saal. Am Flügel: Hermann Hildebrandt. Konzerte u. a. in London, Berlin, Rom, München, Mailand, Dresden, Florenz, Leipzig. Die hervorragende Künstlerin singt Lieder von Brahms, Wolf u. Rich. Strauß, Arien von Verdi, Mascagni und Götz. Kart. v. 2—5 Mk. Waldstr. 83, Germania-Kiosk u. Abendk.

Sonder-Symphonie-Konzert der Bad. Staatskapelle unter Otto Matzerath Sonntag, 22. Sept., 10.30 Uhr vormittags im Konzerthaus. Das Stamitz-Quartett spielt die drei großen Doppelkonzerte: Bach für 2 Violinen und Orchester, Mozart: Symphonie concertante" für Violine und Bratsche mit Orchester, Brahms: Doppelkonzert für Violine und Cello mit Orchester. Karten von 3.30 bis 6.60 Mark bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 83 und Zeitungs-Kiosk am Germania-Hotel.

Kammermusik-Festwoche des Freund-Quartetts (München), 6., 8., 10., 12. Oktober, jeweils 19 Uhr Bonifatiussaal. „Ein Querschnitt durch das Deutsche Streichquartett von Dittersdorf bis Hindemith". Platzmieten zu 22.—, 17.60, 13.20 und 8.80, Einzelkarten von 3.30 bis 6.60 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83. Am Germania-Kiosk nur Einzelkart.

Neues Theater Karlsruhe

Festhalle Durlach:

Montag, 16. Sept., 20 Uhr, Eröffnungsvorstellung: „Madame Butterfly", Oper in 3 Akten von G. Puccini. Musik. Leitung: Werner Idler. Spielleitung: Walter Eisenlohr.

Dienstag, 17. Sept., 20 Uhr: „Gyges und sein Ring", Tragödie in 5 Akten von Friedr. Hebbel. Spielleitung: Hans-Herbert Kienscherf.

Mittwoch, 18. Sept., 16 Uhr: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht", ein Märchen in 3 Bildern für groß und klein (ermäß. Eintrittspreise). Spielleitung: H.-H. Kienscherf. **20 Uhr: „1. symphonisches Konzert"** mit Werken v. Beethoven, Schubert, Grieg, Svendsen, Sibelius, Debussy und Bizet Musikal. Leitung: W. Idler. Violin-Sol.: Erich Müller.

Freitag, 20. Sept., 20 Uhr: „Max und Moritz", ein Tanzspiel in 7 Bildern von Norbert Schultze, nach Wilh. Busch. Musik. Leitung: Heinz Kilian, Choreographie und Tanzleitung: Marg. Hermes.

Karten für alle Vorstellungen können telephonisch in d. Geschäftsstelle Khe.-Durlach, Pfinztalstr. 51 (Tel. 91 299) vorbestellt werden. Kartenabholung bis spätestens 18 Uhr des Vortages. Vorverk. im übrigen bei: Musikhaus Schlaile, Akademiestr. 18, Piano-Maurer, Kaiserstraße, Willmann, Schützenstr. 43, Ed. Flüge, Kaiserstraße 51. (Um 25 Proz. ermäß. Karten für Schwerkriegsbesch. nur in der Geschäftsstelle Durlach.) Nach jeder Abendvorstellung Straßenbahn-Verbindung nach allen Richtungen.

Vereins-Anzeiger

Achtung, Freiwirte! Alle ehem. Mitglieder und Freunde der Freiwirtschaftsbewegung F.F.F. vom Kreis Karlsruhe-Stadt und Land werden gebeten, ihre Anschrift zu geben an Jos. Lehmann, Karlsruhe, Gottesauerstr. 20.

Kulturbund Karlsruhe E.V. Die diesjährige Generalversammlung der Kulturobleute der Betriebe und der Einzelmitglieder findet am Mittwoch, den 18. September 1946, 19,45 Uhr, im Saal des Munzschen Konservatoriums, Waldstr. 79, statt. Kulturbund Karlsruhe, Geschäftsführ.

Schwarzwaldverein: 15. Sept. 1946 Wanderung: Durlach — Rittnert — Berghausen — Grötzingen — Durlach. Treffpunkt 13 Uhr Durlach Endstation. Führung: Faller.

Rintheimer Turn- und Sportverein 1896, Sonntag, 15. Sept., ab 18 Uhr in der Kantine von Haid & Neu „Tanz". Mitglieder, deren Angeh. u. Sportfreunde sind freundl. eingel.

Bausparwesen

Durch den Abschluß eines Bausparvertrages sichern Sie sich die hundertprozentige Finanzierung Ihres Eigenheimes — auch bei Hauskauf, Umbau oder Wiederaufbau. Bei entsprechenden Einzahlungen gewähren wir in geeigneten Fällen auch einen sofortigen **Zwischenkredit** zu mäßigen Zinsen. Fordern Sie unsere Druckschriften, wir beraten Sie kostenlos und unverbindlich. **„Badenia" Bausparkasse G.m.b.H., Karlsruhe, jetzt:** Karlstraße 91.

Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus? Diese Frage bewegt so manchen. Viele Tausende wohnen mit unserer Hilfe schon im eigenen Heim. **Sofortfinanzierung bei 20 Proz. Eigenkapital** möglich. Unser Prospekt „Der Weg zum Eigenheim" gibt Ihnen Aufschluß und zeigt Ihnen schöne Eigenheime mit Grundrissen. Auf Wunsch werden Sie durch einen Mitarbeiter kostenlos und unverbindlich beraten. Verlangen Sie kostenlose Druckschrift. **Bausparkasse Mainz A.-G., Mainz.**

Amtliche Bekanntmachungen

1. **Wiedereröffnung der Hauswirtschaftlichen Berufsschule.** Die am 27. Juli 1946 aus der Volksschule entlassenen Schülerinnen der Volksschule Karlsruhe melden sich zur Einweisung in die Hausw. Berufsschule am Montag, den 16. September 1946, nachm. 2 Uhr, in ihren ehemaligen Schulhäusern.
2. **Wiedereröffnung der Städt. Haushaltungsschule.** Die Städt. Haushaltungsschule Karlsruhe kann am 1. Oktober 1946 in beschränktem Umfange wieder eröffnet werden. Das Schulgeld beträgt jährlich 60 RM. Entlaßschülerinnen der letzten 8. Klassen mit nur guten Zeugnissen melden sich unter Vorlage des Schulzeugnisses am Dienstag, dem 17. September 1946, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr oder nachm. zwischen 14 u. 17 Uhr, im Stadtschulamt, Kreuzstraße 15, II. Stock, Zimmer 11.
3. **Wiedereröffnung der Frauenfachschule Karlsruhe.** Am 1. Oktober 1946 kann auch die „Frauenfachschule Karlsruhe" in beschränktem Umfange wieder eröffnet werden. Es können sich melden: Für Fachklasse I a: Schülerinnen der Höheren Schulen mit gutem Versetzungszeugnis mindestens in die Untersekunda, für Fachklasse I b: Schülerinnen, die den Lehrgang einer Fachklasse I bereits begonnen hatten (Schulgeld jährlich 120 RM). Für Fachklasse II: Schülerinnen, die den Besuch der Fachklasse I und das vorgeschriebene einjährige Praktikum nachweisen können. (Schulgeld jährlich 180 RM.)

Bei der Anmeldung ist Schulzeugnis, handgeschriebener Lebenslauf, ein ärztl. Zeugnis und der Praktikumsnachweis vorzulegen. Anmeldung nur am Mittwoch, dem 18. September 1946, zwischen 9 und 12 oder zwischen 14 u. 17 Uhr, im Stadtschulamt, Kreuzstr. 15, II. Stock, Z. 11.

Stadtschulamt.

Müllabfuhr-Ordnung.

§ 1. 1. Jeder Eigentümer, Nießbraucher oder Erbbauberechtigte eines Grundstücks ist verpflichtet, sämtlichen auf dem Grundstück in Haushaltungen, kleingewerblichen Betrieben, Anstalten und Bürobetrieben anfallenden Hausmüll (Kehricht), Küchenabfälle, Feuerungsrückstände durch die städtische Müllabfuhreinrichtung abführen zu lassen. 2. Jeder Vorstand eines Haushalts, eines kleingewerblichen Betriebes, einer Anstalt und eines Bürobetriebes ist verpflichtet, den bei ihm anfallenden Hausmüll bereitzustellen.

§ 2. Die Stadtverwaltung kann von der in § 1 genannten Verpflichtung Grundstücke befreien, auf denen rein landwirtschaftliche Betriebe untergebracht sind, oder die abseits befestigter Straßen oder an Wegen liegen, die mangels genügender Breite oder Befestigung von Müllwagen nicht befahren werden können.

§ 3. 1. Der von der Stadtverwaltung abzuführende Hausmüll ist an den öffentlich bekanntgegebenen Abholtagen an den festgesetzten Abholzeiten in Behältern gesammelt bereitzustellen. Davon getrennt müssen die für Futterzwecke geeigneten Küchen- und Nahrungsabfälle in eigenen Behältern zu den für deren Abholung besonders bestimmten Zeiten bereitgestellt werden. 2. Die Behälter dürfen nicht über den Rand gefüllt werden und sind möglichst rein zu halten. Sie dürfen erst kurz vor der Abholzeit an den äußeren Rand des Gehweges gestellt und müssen nach der Entleerung sofort wieder zurückgeholt werden. Die Stadtverwaltung kann in Einzelfällen ausnahmsweise gestatten, daß die Behälter an einer anderen Stelle bereitgehalten werden. 3. Die zur Bereitstellung des Mülles dienenden Behälter müssen sich in jedem Falle in einem Zustand befinden, daß sie leicht und geordnet entleert werden können und daß das Müllabfuhrpersonal sich bei der Bedienung nicht verletzt. Soweit solche Behälter beschafft werden können, sollen sie einen Inhalt von 15—20 Ltr. haben, nach oben sich verbreiten, mit einem gut schließenden Deckel sowie mit einem diesen Deckel führenden beweglichen Tragbügel und mit Griffen an Deckel und Boden versehen sein.

§ 4. 1. Für größere Abfallmengen, für sperrige Gegenstände und flüssige Stoffe ist die regelmäßige Müllabfuhr nicht eingerichtet. Es sind also von der Abholung ausgeschlossen: a) Größere Mengen von Papier, Abfällen aus Hausreparaturen, Gartenabfällen und dergl. b) sperrige Gegenstände, wie Eisenstücke, Bleche, Drahtrollen, Ofenrohre, Bettstellen, Kisten, Schutt und Steine jeder Größe und dergl. c) Ausscheidungen von Menschen und Tieren, sonstige flüssige Stoffe, d) Stoffe, die die Gesundheit und Sicherheit gefährden, wie glühende Asche, übelriechende oder ekelerregende Abfälle, Chemikalien, Säuren oder sonstige ätzende Stoffe und dergleichen. 2. Wenn solche in dem zu entleerenden Gefäß enthaltene Stoffe beim Abholen nicht erkennbar sind, so haftet der Besitzer für alle etwa daraus entstehende Schäden an Personen und Sachen.

§ 5. 1. Soweit die Stadtverwaltung Abfälle irgendwelcher Art nicht abführt, ist jeder Eigentümer, Nießbraucher oder Erbbauberechtigte, sowie jeder Vorstand eines Haushalts, eines Gewerbebetriebes, einer Anstalt und eines Bürobetriebes verpflichtet, die bei ihm anfallenden Abfälle, Unrat, Schutt, Kehricht usw. in einer geordneten und die öffentliche Gesundheit und Sicherheit nicht gefährdenden Weise zu vernichten oder sonst zu beseitigen, nötigenfalls auf Grund besonderer Vereinbarung mit der Stadtverwaltung. 2. Auf alle Fälle müssen sie ihre Grundstücke bezw. ihre Wohnungen, Räume und Plätze stets sauber halten. 3. Diese Verpflichtung gilt vor allem auch dann, wenn etwa die Stadtverwaltung bekanntgeben muß, daß sie vorübergehend nicht in der Lage ist, allen Müll abzuholen, oder daß sie den Betrieb einschränken muß und etwa bestimmte Stadtteile nicht besorgen kann.

§ 6. 1. Kehricht, Müll, Schutt, Unrat, Abfälle usw. dürfen nur an die von der Stadtverwaltung ausdrücklich gekennzeichneten Plätze abgeführt und dort abgeladen werden. 2. Dritten Personen ist es verboten, die für die öffentliche Müllabfuhr bereitgestellten Behälter, insbesondere die mit Küchen- und Nahrungsabfällen gefüllten Behälter, zu entleeren oder anderweitig zu verwenden.

§ 7. Jede Verunreinigung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, von Wäldern, Rainen, Gebüschen und aller sonstigen nicht für das Ablegen von Abfällen bestimmten Flächen bringt gesundheitliche Gefahren mit sich und ist daher strengstens verboten.

§ 8. 1. Diese Vorschrift tritt mit der Verkündung in Kraft. 2. Gleichzeitig wird die Müllabfuhrordnung vom 2. 1. 1930 in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft gesetzt. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Geld oder mit Haft bestraft. Karlsruhe, den 12. Juli 1946

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung des Innenministeriums Stuttgart.

„Auf Anordnung der Militärregierung Württemberg-Baden wird bestimmt: Medizinalpersonen, gegen die auf Befehl der Militärregierung wegen politischer Belastung die Entlassung oder ein Verbot der Berufsausübung ausgesprochen worden ist, die aber eine vorübergehende widerrufliche Genehmigung zur weiteren Ausübung ihrer Tätigkeit erhalten haben, unterliegen einer Beschränkung ihres Einkommens. Diese wird zur Beseitigung aufgetretener Zweifel und Unklarheiten mit Wirkung vom 15. Juni 1946 einheitlich wie folgt geregelt:

Es werden als monatliche Höchsteinkommen (netto) belassen:

für Aerzte in der Stadt (nicht Spezialärzte)	400 RM
„ Aerzte auf dem Land (nicht Spezialärzte)	350 RM
„ Spezialärzte in der Stadt u. a. dem Lande	450 RM
„ Zahnärzte in der Stadt und auf dem Lande	350 RM
„ Dentisten	325 RM
„ Tierärzte	350 RM
„ Zahntechniker	300 RM
„ Heilpraktiker	300 RM
„ Apotheker	300 RM

Das Monatseinkommen des Pflegepersonals (Pfleger, Schwestern, Hebammen, Massierer usw.) wird mit der Maßgabe um 10 % gekürzt, daß der gemaßregelten Person mindestens 200 RM, höchstens aber 300 RM netto verbleiben. Monatseinkommen von 200 RM netto und darunter werden nicht gekürzt. Die vorstehend genannten Beträge erhöhen sich um je 30 RM monatlich für jedes Kind unter 16 Jahren. Für Ehegatten wird eine Erhöhung nicht zugestanden.

Ausnahmen von der in diesem Erlaß getroffenen Regelung können grundsätzlich nicht gemacht werden. Soweit in Einzelfällen für Dienstleiter von Krankenhäusern eine andere Festsetzung für erforderlich gehalten wird, sind eingehend begründete Anträge über den Badischen Landesdirektor des Innern dem Innenministerium zur Weiterleitung an die Militärregierung vorzulegen."

Amtsgericht B, Karlsruhe. Güterrechtsregister: Eintr. vom 6. 8. 1946. GR. III/304b. Lederle Walter, Rechnungsprüfer, Karlsruhe, und Else geb. Dettweiler, ebenda. Durch Vertrag vom 17. März 1931 (nicht 1946) ist Gütertrennung vereinbart.

Eintr. v. 21. 8. 1946. GR. III/305b. Engesser Arthur, Kaufmann, Karlsruhe, und Magdalena geb. Bollinger, ebenda. Durch Vertrag vom 25. Oktober 1945 ist Gütertrennung vereinbart.

Eintr. v. 24. 8. 1946. GR. III/306b. Lembke Walter, Malermeister, Karlsruhe, und Magdalena geb. Walter. Durch Vertrag vom 10. Aug. 1946 ist Gütertrennung vereinbart.

Es wird festgestellt, daß der am 8. Dezember 1908 in Höcherberg-Mittelbexbach (Saar) geborene, zuletzt in Karlsruhe-Durlach wohnhaft gewesene **Kaufmann Walter Zentz** tot ist. Als Zeitpunkt des Todes wird der 22. März 1945, 24 Uhr, festgestellt. Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der notwendigen außergerichtlichen Kosten des Antragstellers fallen dem Nachlaß zur Last. Karlsruhe-Durlach, den 2. September 1946. Amtsgericht.

Aufgebot! Nachsteh. Sparbücher sind in Verlust geraten: 4293 Appel, 5583 Kuhn, 10 109 Baader, 13 621 Eberle, 16 434 Streck, 19 513 Eberle. Wenn Rechte nicht innerhalb eines Monats geltend gemacht werden, werden die Sparbücher für kraftlos erklärt. Badische Beamtenbank e.G.m.b.H., Karlsruhe.

Aufgebotsverfahren. Die nachstehend aufgeführten Sparbücher der Dresdner Bank Filiale Karlsruhe sind in Verlust geraten und sollen für kraftlos erklärt werden:

Buch-Nr.	Konto-Nr.	Name:
6064	86390	Oskar Hechberger
2423	83073	Richard Stock
6735	84713	Frau Johanna Gräff
5154	85576	Oskar Schlichting

Werden Rechte an diesen Sparbüchern nicht innerhalb eines Monats geltend gemacht, werden die Sparbücher für kraftlos erklärt.

Karlsruhe, den 7. September 1946. Dresdner Bank Filiale Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg